

Muench, Ursula et al.

**Article**

## Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Muench, Ursula et al. (2024) : Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. 03, pp. 3-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/296206>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wohlstand in Gefahr?

## Ursachen und Folgen von Populismus

Derzeit gewinnen populistische Parteien in Deutschland und Europa an Unterstützung. Offenbar wächst die Unzufriedenheit mit moderaten politischen Kräften und amtierenden Regierungen. Welche Ursachen lassen sich für das Erstarken des Populismus identifizieren? Welche ökonomischen Folgen drohen? Können wir Ursachen und Folgen populistischer Politik konkret beobachten und messen? Gibt es für die Politik Möglichkeiten, negative Entwicklungen abzuwenden oder abzumildern?

*Ursula Münch*

### Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage

Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland sind bekanntlich schlecht. Dieser allgegenwärtige Pessimismus, der manchen Akteuren auch Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele zu sein scheint, wird aber noch übertroffen, wenn es um die Beurteilung der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung geht: Die Kritik an den Ampelparteien nimmt eher zu als ab, und die aktuellen Proteste von Landwirten, Handwerkern und Transportunternehmen verbinden sich immer wieder mit radikalen Untertönen und sogar gewaltsamen Ausschreitungen. Gleichzeitig protestieren Hunderttausende gegen Rechtsextremismus und die Ausgrenzungsfantasien, zu denen sich zum Beispiel der bayerische Landesverband der AfD in seiner Klausur in Schweinfurt im Januar 2024 verabschiedeten »Geh-hoam-Plan« offen bekannte. Es ist nicht zu bestreiten, dass zwischen beiden Phänomenen ein Zusammenhang besteht: Auch wenn es verkürzt wäre, die Regierungsparteien im Bund für den (womöglich vorübergehenden) Zuwachs der AfD in Umfragen verantwortlich machen zu wollen, trägt die von den Parteivorsitzenden der Union und der Freien Wähler zusätzlich geschürte Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung dazu bei, dass die AfD vor allem als Folge des Heizungsgesetzes neuen Zulauf verbuchen konnte.

Für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni und vor allem die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg am 1. bzw. 22. September ist davon auszugehen, dass die rechtsextremen und populistischen Kräfte stark mobilisieren werden und zumindest in Thüringen die Regierungsbildung extrem

schwierig wird. Und schließlich folgt am 5. November die Präsidentschaftswahl in den USA, für die nicht nur Manipulationsversuche durch die Machthaber und Staatsmedien in Russland sowie Volksrepublik China zu befürchten sind, sondern auch das Infragestellen des Wahlergebnisses durch die jeweilige Anhängerschaft des unterlegenen Kandidaten. Eine mögliche Wiederwahl von Donald Trump würde zum einen belegen, wie wirkmächtig populistische Argumentation gerade in Krisenzeiten ist. Zum anderen zöge seine Wahl weitere Krisen sowohl in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen als auch in der internationalen Politik nach sich. Die damit verbundene zusätzliche Verunsicherung beflügelte Populisten und Extremisten in Europa zusätzlich (Best et al. 2023).

#### QUELLEN DES UNMUTS?

Populisten und Extremisten, also diejenigen, die die Skepsis der Wählerschaft gegenüber dem parlamentarischen System und das Misstrauen gegenüber den seriösen Parteien für ihren eigenen Erfolg benötigen, mobilisieren mit Spott, Häme und bewusst verbreiteten Falschinformationen. Diese Krisenprofiteure versprechen den Verunsicherten und Verängstigten etwas, was diese andernorts anscheinend zu wenig erhalten: Aufmerksamkeit: »Wir sehen Euch, wir machen Euch sichtbar«. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Im Gegenteil: Es



**Prof. Dr. Ursula Münch**

ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Foto: © Akademie für Politische Bildung

ist unerlässlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Mandats- und Amtsträgern wahrgenommen und vertreten fühlen. Die Ergebnisse verschiedener Studien verweisen darauf, dass es daran tatsächlich hapert: Im jüngsten »Sachsen-Monitor«, der auf Umfragen vom Sommer 2023 basiert, kam eine große Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, wie »die Demokratie in der Praxis funktioniert« (dimap 2023): Lediglich 41 % zeigten sich eher zufrieden oder sehr zufrieden, im Vergleich zu 58 % aus der letzten Befragung, die während der Pandemie erhoben worden war. Auffallend ist, dass die Unzufriedenheit nicht nur mit dem Bildungsgrad der Befragten korreliert, sondern auch mit dem Wohnort und der dort vorhandenen Infrastruktur. Im »Deutschland-Monitor« (erhoben im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland im Sommer 2022; Der Beauftragte 2022) ist der Zusammenhang sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland offensichtlich: Der Typus des »verdrossenen Populisten« findet sich besonders häufig in Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozialökonomischen Status sowie in Regionen mit schwieriger demografischer und wirtschaftlicher Lage – und zwar in Ost wie in West. Laut Thünen-Institut leben immerhin 57 % der bundesdeutschen Bevölkerung in sogenannten ländlichen Räumen, die mehr als 90 % der Fläche Deutschlands ausmachen (BMEL 2020). Gerade in diesen für Deutschland so typischen Gegenden geben viele Befragte an, sich »abgehängt« zu fühlen. Die Korrelation zwischen Unzufriedenheit und der Entfernung zur nächsten weiterführenden Schule oder zu einem Facharzt ist offensichtlich. Abhilfe ist keine in Sicht, eher Zuspitzung: Sowohl der demografische Wandel als auch die finanzielle Situation vieler Landkreise werden die Situation noch verschärfen.

### **DIE KRITIK AN DER PRIORITÄTENSETZUNG DER BUNDESREGIERUNG**

Die derzeitige Unzufriedenheit z. B. mit der Energie-, Wirtschafts- und Klimapolitik der aktuellen Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP könnte also womöglich nur ein Vorgeschmack auf weitere Verwerfungen sein: Es ist davon auszugehen, dass populistisch und extremistisch ausgerichtete Parteien zum Beispiel die geplante Krankenhausreform und die damit auch verbundene Konzentration von Versorgungsleistungen bei größeren Einheiten zum Anlass nehmen werden, um weitere Proteste gegen »die da oben« auf die Straße zu bringen. Die jeweilige Kritik an der angeblichen Abgehobenheit des politischen »Establishments« oder den als »Kartellparteien« herabgesetzten gemäßigten Parteien sowie die als (vermeintliche) Alternative präsentierten Lösungsansätze sind repräsentativ für die Argumentationslinie populistischer Parteien.

Mehr als 16 % der im Zuge der »Mitte-Studie« Befragten äußern sich dezidiert nationalchauvinis-

tisch sowie fremdenfeindlich (Zick et al. 2023). Dieser Personenkreis wünscht sich, darauf wies bereits eine vergleichende Studie zu Links- und Rechtspopulismus hin, einen starken Sozialstaat, dessen Leistungen jedoch vor allem den Einheimischen zur Verfügung stehen sollen (Manow 2018). Migranten im Allgemeinen, besonders aber Flüchtlinge, denen pauschal die leistungsfreie »Zuwanderung in die Sozialsysteme« unterstellt wird, würde man am liebsten von diesen Leistungen ausschließen. Nicht zuletzt wird die Notwendigkeit, die Ukraine zu unterstützen wie auch die Bundeswehr zu ertüchtigen, für überflüssig erklärt. Die Behauptung sowohl der AfD als auch des neugegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht, es wären dann genügend Ressourcen für die eigene Bevölkerung vorhanden (z. B. sozialpolitische Leistungen, günstige Wohnungen, bauliche und digitale Infrastrukturen), wenn man unerwünschte Migranten fernhalten bzw. ausweisen würde und zudem die Bedrohung durch Russland ebenso negieren würde wie den Klimawandel, verfängt in immer mehr Milieus.

Während es in Bezug auf Alter und Geschlecht nur geringe Unterschiede in der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit unserer freiheitlichen Demokratie gibt, zeigt sich bei den auf die soziale Lage bezogenen Merkmalen ein Muster: Formal weniger Gebildete und Angehörige der unteren Mittelschicht bzw. des Prekariats äußern sich noch häufiger unzufrieden und artikulieren mehr Misstrauen als formal höher Gebildete und die Angehörigen der oberen Mittel- und Oberschicht.

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM ZENTRUM DER KRITIK**

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung trifft die einzelnen Koalitionspartner aus unterschiedlichen Gründen und verschieden stark: Die gravierenden sachlichen Fehler, die nicht zuletzt der immens hohen Zahl an Gesetzesvorhaben geschuldet sind, mit der die Bundesregierung zum einen der drohenden Energiekrise entgegenwirken und zum anderen ihren Koalitionsvertrag abarbeiten wollte, werden der Regierung insgesamt angelastet. Aber: Das Auftreten und das Politikverständnis von Bündnis 90/Die Grünen provozieren offenbar besonders. Ihnen wird vorgeworfen, mit ihrer Politik und ausufernden Regulierungsversuchen in die private Lebensführung einzugreifen. Dass sich die Kritik vor allem gegen die Grünen wendet, ist auf die Zielsetzung grüner Politik zurückzuführen: Die Diagnose, im Zeitalter großer Umbrüche zu leben, die Veränderungen in der Wirtschaftsordnung, der Mobilität wie auch beim individuellen Lebensstil erforderlich machten, hat durch die Bildung der Ampelregierung im Dezember 2021 das Ankündigungsstadium verlassen und wirkt sich inzwischen unmittelbar auf die Bürger aus. Aus einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach geht hervor, dass 51 % der Befragten das Gefühl haben, die Politik wolle ihnen vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben (Institut 2023). Von

den Grünen-Anhängern sehen das allerdings nur 16 % so, bei den AfD-Anhängern waren es dagegen 85 %.

Eine MIDEM-Studie verweist darauf, dass die Wählerschaft von AfD sowie Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland das höchste Maß an »affektiver Polarisierung« aufweisen (Herold et al. 2023). Beide Gruppen halten die Programmatik ihrer Partei für jeweils besonders schlüssig. Deshalb tendieren sie mehr als die Anhänger der anderen Parteien dazu, erstens Personen mit abweichenden Meinungen negativ zu bewerten und zweitens gruppenspezifisches Reaktanzverhalten an den Tag zu legen. Beides schafft einerseits zwar Zusammenhalt, zieht andererseits aber eine Segmentierung des Parteiensystems nach sich. Nachweisen lässt sich diese Polarisierung bei all den Themen, die uns in den vergangenen Monaten und Jahren beschäftigten: Zuwanderung, Klimapolitik und Artenschutz, Krieg gegen die Ukraine, aber auch Covid-19.

### **WER DER POLITIK MISSTRAUT, FREMDELT AUCH MIT DEN KLASSISCHEN MEDIEN**

Der Protest richtet sich aber nicht nur gegen die Parteien links der Mitte, sondern auch gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und weite Teile der Presse. Spätestens seit den sogenannten Pegida-Demonstrationen sowie den »Spaziergängen« derer, die die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie für übergriffig hielten und bis heute halten, ist offensichtlich, dass die Wut auf »die« Politik nicht zu trennen ist von einem massivem Misstrauen gegenüber den angeblichen »System- oder Mainstream«-Medien. Dieses speist sich nicht zuletzt aus der Wahrnehmung einer zu großen Nähe von Journalisten und Politikern. Und an dieser Beobachtung ist ja einiges richtig: Die Angehörigen dieser Berufsgruppen haben häufig dieselben Fächer studiert, leben in benachbarten urbanen Vierteln, ähneln sich in ihren Weltanschauungen, verhelfen sich womöglich gegenseitig in berufliche Positionen und demonstrieren durch gelegentliche »Spurwechsel« zwischen Journalismus und Politik eine angesichts der Kontrollfunktion der Medien unangemessene Nähe.

Gerade in Ostdeutschland hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den vergangenen Jahren erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat: Der Sachsen-Monitor verzeichnete für das Jahr 2023 nur noch 51 %, die den Angeboten der Rundfunkanstalten vertrauten; bei der Befragung 2021/2022 waren es noch 63 % gewesen (dimap 2023). Nur jeder Zweite hält Tageszeitungen für glaubwürdig (-10 Prozentpunkte). Der Anstieg im Misstrauen gegenüber den Medien korreliert, darauf weisen die Autoren der Mitte-Studie hin, mit der sich ausbreitenden Wahrnehmung eigener politischer Machtlosigkeit (Zick et al. 2023). Die auf diese Phänomene zurückzuführende Abwendung von den klassischen Medien zieht den einen massiven Bedeutungsverlust sogenannter »Gatekeeper«, also

von professionellem Journalismus und redaktioneller Arbeit, nach sich: Journalisten sind schon lange nicht mehr die exklusiven Mittler zwischen Individuum und Welt und haben ihre zentrale Rolle bei der Einordnung, Filterung und Prüfung von Nachrichteninhalten verloren. In der Folge treffen radikale Positionierungen ohne Moderation aufeinander und schaukeln sich wechselseitig hoch.

### **WER EXTREMISTISCH WÄHLT, WIRD WOMÖGLICH AUTORITÄR REGIERT**

Wie es sich auf Gesellschaften auswirkt, wenn populistische oder gar extreme Kräfte in Regierungsverantwortung kommen, lässt sich in verschiedenen Staaten beobachten. Sowohl die ungarische als auch die frühere polnische Regierung schränkten sukzessive die Möglichkeit zur Kontrolle der Regierung ebenso ein wie die Unabhängigkeit der Justiz. Wahlgesetze erhöhten die Anzahl benötigter Unterschriften für eine Kandidatur zulasten kleiner Parteien, reduzierten die Zahl der Wahlbezirke und schnitten Wahlkreise systematisch so neu zu, dass die jeweilige Regierungspartei profitierte. Die ungarische Regierung bemüht sich, durch eine nationalchauvinistisch motivierte Bevölkerungspolitik ihrem politischen Ziel einer migrantenfreien homogenen Nation näher zu kommen. Alleinerziehende und Eltern mit Migrationsgeschichte erhalten keine oder stark reduzierte Leistungen. In Ungarn wurden die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender in einer staatlichen Medienholding zentralisiert, gleichzeitig befindet sich ein Großteil der regionalen Zeitungen schon seit Jahren im Besitz Orban-freundlicher Unternehmer.

Nicht zuletzt lehnen populistische und extremistische Parteien die Begleiterscheinungen einer offenen Gesellschaft im Sinne Karl Poppers ab. Sie plädieren stattdessen für Abschottung: Multilateralismus wird als Fremdbestimmung und zu große Einschränkung der nationalen Handlungsfähigkeit zurückgewiesen.

### **AUF DER SUCHE NACH GEEIGNETEN GEGENMITTELN**

Um dem Glaubwürdigkeits- und Ansehensverlust der politischen Amts- und Mandatsträger zu begegnen, ist in erster Linie Sacharbeit erforderlich. Und zwar nicht auf Nebenschauplätzen, sondern in den Bereichen, auf denen ein Großteil der Bevölkerung staatliches Handeln vermisst, allen voran innere und äußere Sicherheit, Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Steuerung von Migration und Bereitstellung zukunftsfähiger Infrastrukturen. Gleichzeitig sollte allen Verfechtern unserer freiheitlichen Demokratie bewusst sein, dass die Verantwortung für den Erhalt unserer demokratischen Ordnung nichts ist, was sie an den Staat und seine gewählten Repräsentanten delegieren können. Bekanntlich ist die freiheitliche Demokratie kein Schlaraffenland.

## REFERENZEN

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.): *Bericht 2022. Ostdeutschland. Ein neuer Blick*, Berlin, verfügbar unter: <https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2039400/2137170/f58635d7fb8b-f768f8ba09caa8420b91/download-bericht-ostbeauftragter-ostdeutschland-neuer-blick-2022-data.pdf>.

Best, V., F. Decker, S. Fischer und A. Küppers (2023), *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020), *Thünen-Landatlas*, verfügbar unter: <https://www.landatlas.de>.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2023), *Ergebnisbericht Sachsen-Bericht 2023. Für die sächsische Staatskanzlei*, Bonn, verfügbar unter: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf>.

Herold, M., J. Joachim, C. Otteni und H. Vorländer (2023), *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*, MIDEM Studie 2023-2, Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden, verfügbar unter: [https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD\\_MIDEM\\_Polarisationsstudie\\_DEU\\_RZ.pdf](https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD_MIDEM_Polarisationsstudie_DEU_RZ.pdf).

Institut für Demoskopie Allensbach (2023), »Protest und die Sorge vor Einwanderung«, Eine Dokumentation des Beitrags von Thomas Petersen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 196 vom 24. August 2023, verfügbar unter: [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte\\_dokumentationen/FAZ\\_August2023\\_Einwanderung.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August2023_Einwanderung.pdf).

Manow, P. (2018), *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Suhrkamp, Berlin.

Zick, A., B. Küpper und N. Mokros (Hrsg.) (2023), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Armin Nassehi

## Gefahren des politischen Populismus

Der politische Populismus, insbesondere der Rechtspopulismus ist eine weltweite Erscheinung, die sich langsam in die politischen Öffentlichkeiten der westlichen, liberalen Demokratien einschreibt. Populismus ist eine Form, die zwischen Programm und Schimpfwort changiert. Für die einen ist es tatsächlich eine politische Strategie, deren Erfolg sich im Plausibilitätsverlust der politischen Mitte widerspiegelt, für die anderen ist es eine Gefahr, die nicht nur eine inhaltliche und sachorientierte Dimension hat, sondern Schaden an den Verfahren und am Funktionieren der demokratischen Auseinandersetzung verursacht.

### DIE SEMANTISCHE FORM DES POLITISCHEN POPULISMUS

Die beste Definition dessen, was unter Populismus zu verstehen sei, verdanken wir einem Populisten selbst, nämlich dem ehemaligen und womöglich auch nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald J. Trump. Bei seiner Amtseinführung am 20. Januar 2017 sagte er: »Today's ceremony, however, has very special meaning. Because

today we are not merely transferring power from one administration to another, or from one party to another – but we are transferring power from Washington, D.C., and giving it back to you, the American People.« (Politico 2017). In diesen kurzen Formulierungen ist alles enthalten, was den politischen Populismus ausmacht: eine starke Elitenkritik, eine Kritik demokratischer Verfahren und die Behauptung, die wahren Interes-

sen des Populus zu vertreten. Die Elitenkritik kommt darin zum Ausdruck, Washington, D.C., als Zentrum einer Elite zu markieren, die dem Volke weit entzogen sei. Die Kritik demokratischer Verfahren wird in der Uminterpretation einer demokratischen Wahl und damit einer demokratischen Machtübergabe von einer Regierung an eine andere in eine Restitution der Demokratie überhaupt sichtbar. Und darin verbirgt sich das dritte Element, nämlich dass nur so die wahren Interessen des Volkes gewahrt werden können, die zu vertreten der populistische Politiker angetreten ist.<sup>1</sup>

Selten bekommt man die Dinge in solcher Reinform präsentiert, aber manche Elemente sind auch in der jüngsten deutschen Entwicklung zu beobachten – etwa die Forderung des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, man müsse sich die Demokratie »zurückholen« oder in der allgemeinen Kritik großstädtischer akademischer Eliten durch die AfD. Nun sind demokratische Prozesse auf kontroverse Themen, auf konkurrierende Angebote, auf einen Wettbewerb unterschiedlicher Lösungen angewiesen. Die Demokratie basiert nicht auf Harmonie, sondern ist ein politisches Programm, das in der Lage sein soll, politische Konflikte, divergierende Interessen und unterschiedliche Auffassungen über die Lösung von Herausforderungen moderierend in eine Form zu bringen. Dabei geht es nicht nur um Sachfragen, sondern auch um grundlegende politische Überzeugungen, die in den westlichen Demokratien durchaus sehr unterschiedlich sein können. Politische Konfliktlinien lassen sich an den Parteiengestalten westlicher Industrieländer gut abbilden. Die Konfliktlinien laufen gewissermaßen parallel zu zwei Achsen:

<sup>1</sup> Ausführlich zur Begriffsbestimmung und zum performativen Begriffsgebrauch vgl. Nassehi, A. (2023), S. 312–324.



Prof. Dr. Armin Nassehi

ist Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Foto: © Hans-Günther Kaufmann

- Wirtschaftspolitisch unterscheiden sie sich in der Frage der Intensität der Staatstätigkeit und der Regulierung ökonomischer Prozesse von eher liberalen bis zu eher sozialdemokratischen/sozialistischen Programmen des Eingriffs in das Marktgeschehen. An dieser Achse brechen sich eher angebots- und eher nachfrageorientierte Sichtweisen.
- Gesellschaftspolitisch geht es um die Konfliktlinie zwischen einer eher liberalen oder geradezu geschichtsphilosophisch aufgeladen »progressiven« kultur- und gesellschaftspolitischen Form auf der einen und um eher konservative und traditionellere Formen auf der anderen Seite.

Dieses Modell hat sich für westliche Demokratien insofern als stabilisierend erwiesen, als die Parteiengestalten geradezu komplementär gebaut waren. Man denke etwa an die in fast allen vergleichbaren Ländern in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fast als politischer Normalzustand auftretenden Volksparteien eines Mitte-Rechts- und eines Mitte-Links-Zuschnitts, in denen sich beide Konfliktachsen durchaus mit inneren Spannungen innerhalb der Lager widerspiegelt haben. Dieses Modell jedenfalls ermöglichte es, durch eine wechselseitige Inkompetenzunterstellung einen hohen Grad an Kompetenz vorauszusetzen. Man könnte auch sagen: Die politischen Konflikte passten zu den politischen Lösungskompetenzen.

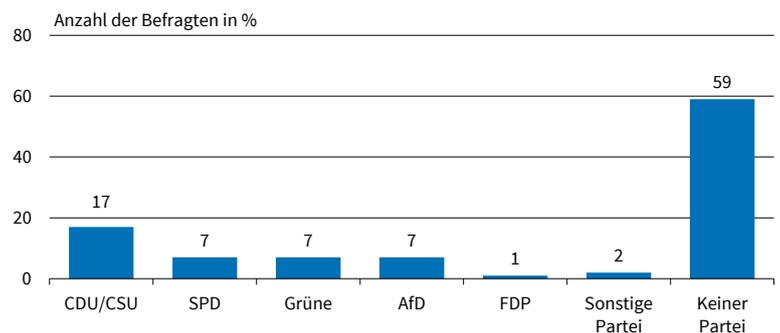
### KOMPETENZ- UND INKOMPETENZUNTERSTELLUNGEN

Das politische System greift nicht Eins-zu-Eins auf gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen zu. Man kann durchaus die starke These vertreten, dass politische Systeme nur an solchen politischen Problemen interessiert sind, die sie in Gestalt ihrer jeweiligen Akteure auch für lösbar halten. An politisch unlösbaren, programmatisch irrelevanten oder gar unsichtbaren Problemen besteht schon aufmerksamkeitsökonomisch kein Interesse. Insofern muss man empirisch genau rekonstruieren, welcher Art politischer Konflikt sich ein politisches System zumutet – und hier entpuppt sich das klassische Modell der westlichen Industriegesellschaft tatsächlich als eine stabile und stabilisierende Konstellation, weil es Konflikten eine Form geben konnte, was sich unmittelbar darauf auswirkte, dass die Verteilung von Kompetenz- und Inkompetenzunterstellung gewissermaßen komplementär aufgefangen wurde und damit in eine Art Gleichgewicht kam. Das kanalisierte nicht nur den Glauben an Lösungskompetenz, sondern zivilisierte auch Elitenkritik, die es immer schon gegeben hat. Gerade Letzteres sollte nicht vergessen werden – und gerade deshalb ist es kein Zufall, dass sich Populismus als politische Einstellung nicht wirklich trivial messen lässt (Reinecke et al. 2023).

Was sich freilich messen lässt, ist die Frage der Verteilung der Inkompetenzunterstellung. Laut einer

Abb. 1

Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die derzeit wichtigsten politischen Probleme zu lösen?



Quelle: RTL; n-tv.

© ifo Institut

aktuellen forsa-Umfrage aus dem Februar 2024 trauen nur 17% der Befragten der Union, je 7% der Befragten der SPD, den Grünen und der AfD und nur 1% der Befragten der FDP zu, die aktuellen politischen Probleme lösen zu können (vgl. Abb. 1).

59% der Befragten aber gaben an, keiner der angegebenen Parteien die entsprechende Kompetenz zu unterstellen oder ihnen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren. Zwar schneidet auch die rechtspopulistische AfD hier nicht in der Weise ab, als man ihr Kompetenz unterstellt, aber diese Stimmung ist es, die den Nährboden für die Anschlussfähigkeit eines populistischen Diskurses bietet, der die politische Stimmung als aufgeheizter erscheinen lässt, als sie es womöglich ist.

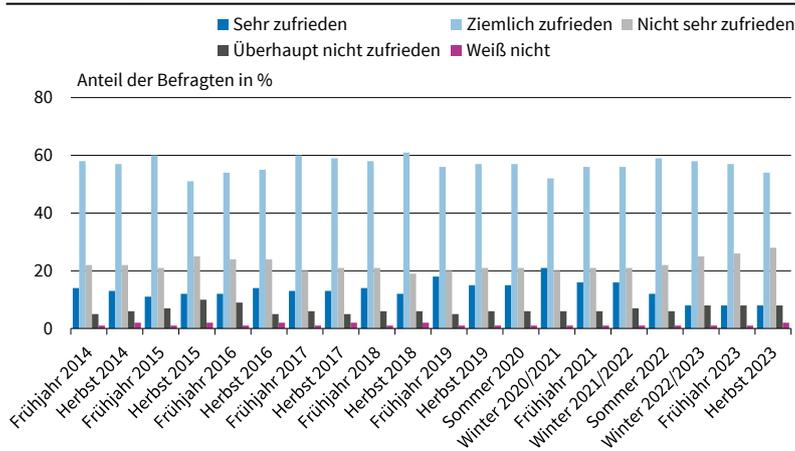
Ergebnisse, wie sie hier angedeutet werden, müssten nahelegen, dass eine allgemeine Unzufriedenheit mit der demokratischen Ordnung herrscht oder ein großer Teil der Bevölkerung sich von demokratischen Verfahren oder dem Glauben in die Problemlösungskompetenz bereits verabschiedet hat. Das aber lässt sich zumindest in Umfragen nicht abbilden. Daten des Eurobarometer aus dem vergangenen Jahr zeigen deutlich, dass sich die Zufriedenheitsrate mit der Demokratie in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland kaum verändert hat, was zumindest im Hinblick auf die derzeitige multiple Krisenerfahrung erstaunen könnte (vgl. Abb. 2).

So bewegt sich der Anteil der Zufriedenen und der Unzufriedenen auf einem jeweils stabilen Niveau mit nur geringen Veränderungen – und das trotz erheblichen politischen Konfliktpotenzials bezüglich Fluchtmigration seit 2015, im Hinblick auf die Pandemie 2020 bis 2022, angesichts des Überfalls Russland auf die Ukraine 2022 und angesichts der Konflikte um den Überfall der Hamas auf Israel und der folgenden Reaktion Israels, inklusive eines Wiedererstarkens oder besser Sichtbarwerdens antisemitischer Vorfälle in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus (vor allem linker und islamistischer Antisemitismus) seit 2023.

Zumindest die Datenlage gibt in Deutschland weder Hinweise auf eine grundlegende Spaltung der Gesellschaft, noch lässt sich behaupten, dass das poli-

Abb. 2

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?



Quelle: Europäische Kommission.

© ifo Institut

tische System grundlegend in Gefahr ist. Was sich aber schon konstatieren lässt, ist eine hohe Sensibilität für bestimmte Themen, in neueren soziologischen Untersuchungen »Triggerpunkte« genannt, die sich in Verteilungs-, Zugehörigkeits- und Anerkennungskonflikten niederschlagen (Mau et al. 2023), und auf Dauer wird die exorbitante Inkompetenzunterstellung politischen Eliten gegenüber auch politisch nicht ohne Folgen bleiben, auch wenn man mitbedenkt, dass diese Inkompetenzunterstellung auch anderen Eliten gegenüber erhoben wird. Man denke an die maßlose Kritik an der Wissenschaft während der Pandemie, aber auch an das allgemeine Gefühl einer Infrastrukturkrise von der Bahn über den Zustand von Straßen bis hin zur Ausstattung von Schulen, überbürokratisierten Verfahren und polarisierenden Themen, insbesondere die ökologische Transformation und Migration betreffend.

### KEINE ENTWARNUNG

Es wäre durchaus unangemessen und naiv, aus der offensichtlich vorhandenen Resilienz und Stabilität des deutschen politischen Systems darauf zu schließen, populistische Semantiken und Forderungen seien gefahrlos. Man muss dazu zwei Dinge miteinander verbinden:

*Zum einen* erfahren in diesen Zeiten multipler Krisenerfahrungen viele Menschen das, was man eine Visibilisierungserfahrung nennen könnte. Viele Bedingungen einer funktionierenden Infrastruktur, erfüllbarer Erwartungen und der Einordnung von Konfliktlinien waren bis vor kurzem noch relativ unsichtbar. Die als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise macht sichtbar, dass es nur weniger Parameter bedarf, deren Veränderung nicht nur Geschäfts- und Berechnungsmodelle durcheinander bringt, sondern auch darauf verweist, wie vulnerabel als sicher geltende soziale Strukturen und Erwartungen tatsächlich sind – und das unmittelbar nach

einer Pandemie, deren radikalste Folge die Erfahrung ist, wie sehr diese Gesellschaft von Zielkonflikten geprägt ist (was medizinisch richtig ist, ist ökonomisch schädlich usw.), wie instabil und auf Kante gebaut vor allem Lebenslagen in den unteren Lohngruppen gebaut sind und wie schwer das Verhalten von Menschen auf Routinen und Wiederholbarkeit beruht. Auch die Neubestimmung der militärischen Sicherheitslage oder der ökonomischen Globalisierung trägt dazu bei, geradezu wie in einem Großversuch die Vulnerabilität von Lösungen vorzuführen. Dass besonders das sogenannte Heizungsgesetz getriggert hat – nicht nur aufgrund der offenkundigen operativen Fehler und der koalitionsären Konflikte –, ist kein Wunder, weil es geradezu symbolisiert, dass die großen abstrakten Krisendiagnosen durchaus in das konkrete Leben eingreifen werden.

*Zum anderen* ist es gerade in Zeiten notwendiger Transformationen und Veränderungen für eine demokratische politische Form essenziell, dass es legitime Handlungsalternativen gibt. Man kann die Funktion der Demokratie soziologisch durchaus darin bestimmen, dass einem politischen Publikum mehr als eine Lösungsmöglichkeit angeboten wird, was die verarbeitbare Komplexität von kompetenten Strategien erhöht und einem Publikum die Möglichkeit der Wahl und auch stabiler Konfliktlagen gibt (Nassehi 2023, S. 23–44). Demokratie ist dann nicht nur ein Mechanismus der breiten Repräsentation von Bevölkerungsgruppen, Milieus, Schichten und Interessenkonstellationen, sondern auch der Repräsentation von Lösungsmöglichkeiten und Plausibilitätschiffren. Die Demokratie hat also im Idealfall nicht nur einen sozialen Aspekt der Einbindung unterschiedlicher Teile der Bevölkerung, sondern auch einen Sachaspekt der Komplexitätsverarbeitung. Diese Doppelrolle wurde übrigens bereits zu Zeiten der angeblichen »Erfindung« »der« Demokratie in der antiken Philosophie diskutiert.

Verbindet man diese beiden Punkte, ergibt sich ein unübersichtliches Bild. Es sind gerade die genannten Visibilisierungserfahrungen, die Hinweise auf die Vulnerabilität und die bisweilen unkontrollierbaren Voraussetzungen und Antezedenzbedingungen gesellschaftlicher Routinen und Konstellationen geben, die populistische politische Semantiken wahrscheinlicher machen. Populismusfähig sind nicht umsonst die Themen, die exakt jenes Vulnerabilitätspotenzial haben: in der Pandemie ein Generalzweifel an der Wissenschaft, gerade weil diese auf komplexe Probleme verwiesen hat; auch in der Pandemie der Generalverdacht gegen einen angeblich autoritären Staat, der deutliche Steuerungsprobleme zu gewärtigen hatte; angesichts des Angriffs auf die Ukraine eine geradezu absurde Solidarisierung mit Russland; und angesichts von Migrationsfolgen ein völkischer Generalverdacht einer Schwächung des Eigenen; der Vorwurf einer angeblichen Cancel-Culture angesichts einer tatsächlichen gesellschaftlichen Pluralisierung.

Dass mit all dem die Klimafrage für eine Erfindung einer urbanen akademischen Mittelschicht gehalten wird, passt ins Bild.

All diese Einschätzungen sind derzeit nicht mehrheitsfähig – und die meisten Beteiligten wissen sicher auch, dass die Vorwürfe in der extrem formulierten Form nicht stimmen. Aber das spielt keine Rolle, denn es funktioniert. Wie es in einer übertriebenen Kritik am Heizungsgesetz am Ende nicht mehr um die Heizungsfrage ging, haben sich die sogenannten Bauernproteste auch thematisch verselbständigt.

Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen: Diese extremen Kommunikationsformen werden von einer Minderheit getragen, aber sie triggern den politischen Diskurs und haben in der Aufmerksamkeitsökonomie hohe Wertschöpfungsraten. Die Folge ist tatsächlich eine Mobilisierung von Unzufriedenen, die zuvor politisch kaum abgebildet worden sind. Wahlanalysen zeigen, dass die AfD in den jüngsten Wahlen durchaus den sogenannten »etablierten Parteien« Wähler abspenstig gemacht hat, ihr größtes Reservoir sind aber Nicht-Wähler – zum Beispiel standen in der Landtagswahl in Sachsen 2019 einer Wanderung von der Union mit 81 000 Wählern 241 000 Wähler entgegen, die zuvor nicht gewählt haben (Statista 2024). Dass die AfD besonders in Ostdeutschland stark ist, hängt neben weniger starken Parteibindungen als im Westen mit dem stärker als Bedrohung erlebten Transformationsdruck zusammen (Diekmann und Gude 2023).

In Deutschland scheint die größte Gefahr durch populistische politische Semantiken darin zu liegen, dass die demokratischen Parteien derzeit selbst eine Vulnerabilitätserfahrung machen – auch sie werden der Voraussetzung ihres eigenen Erfolgs gewahr und laufen Gefahr, ein großes Potenzial der deutschen Demokratie zu verspielen: eine politische Auseinandersetzung um Interessen, Konzepte und Modelle, die stets in der Lage war, zu Kompromissen zu kommen. Die populistische Gefahr in Deutschland ist (noch) nicht, dass Populisten an die Macht kommen, zumindest nicht im Bund. Aber der Zuspruch für die AfD und womöglich entstehende populistische Alternativen zur selbsternannten Alternative hemmt die Möglichkeit des zivilisierten Streits um bessere Lösungen. Sowohl die in Ostdeutschland bereits wirklich gewordene Praxis, Koalitionen zwischen Partnern bilden zu müssen, die sonst Wettbewerber, sogar Gegner

sind, ist eine politisch pathologische Situation, als auch die zwischen demokratischen Parteien wechselseitige Schuldzuweisung an der populistischen Herausforderung.

All das verdeckt, dass es für diese Symptome deutliche gesellschaftliche Gründe gibt. Die Visibilisierung zuvor latent gebliebener Voraussetzung habe ich genannt. Dazu gehören aber auch ökonomische und politische Zielkonflikte in Transformationsprozessen, dazu gehört die Erfahrung des Kontrollverlusts, wie er insbesondere in der Migrationspolitik erlebt wird. Es werden – unabhängig davon, welche tatsächlich wünschenswert sind – Effekte versprochen, die kaum erreichbar sind. Es werden sich Geschäftsmodelle, Sicherheitsarchitekturen und nicht zuletzt generationelle Erwartungsstrukturen ändern. Je mehr man sich gegen eine populistische Herausforderung wehren muss, desto schwieriger wird es, angemessene und kontroverse Diskurse darüber zu führen. Je mehr solche Diskurse vonnöten sind, desto größer sind die Andockstellen für populistische Vereinfacher, die zumindest eines eint: Keinen Hauch einer operativen Lösung, in keinem denkbaren Politikfeld, wird man von solchen Akteuren erwarten können. Würde man das Parteiprogramm der AfD tatsächlich umsetzen, hätte das katastrophale Folgen – vor allem übrigens für das potenzielle Wählerklientel dieser Partei.

## REFERENZEN

Diekmann, F. und H. Gude (2023), »Wie die AfD die Angst vor dem Klimawandel für sich nutzt«, Interview mit Klaus Dörre, *Der Spiegel*, 6. August 2023, verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/soziologe-klaus-doerre-ueber-afd-erfolg-empowerung-nuetzt-nichts-a-1d888620-c412-41fb-9575-ee20e4c094aa>.

Europäische Kommission (2023), *Eurobarometer*.

Mau, S., T. Lux und L. Westhäuser (2023), *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Suhrkamp, Berlin.

Nassehi, A. (2023), *Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar der öffentlichen Rede*, C. H. Beck, München.

n-tv (2024), *forsa-Umfrage Februar 2024*.

Politico (2017), »2017 Donald Trump Inauguration Speech Transcript«, 20. Januar 2017, verfügbar unter: <https://www.politico.com/story/2017/01/full-text-donald-trump-inauguration-speech-transcript-233907>.

Reinecke, J., L. M. Verneuer-Emre, M. Wächter, S. Skolarski und J.-H. Lück (2023), »Populistische Einstellungen in der Bevölkerung – Messung und Analyse anhand einer Kurzsкала«, *FGZ Working Paper 6*, verfügbar unter: <https://www.fgz-risc.de/wp-6>.

Statista (2024), »Wählerwanderung von und zu der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen am 01. September 2019«, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/323543/umfrage/waehlerwanderung-von-und-zu-der-afd-bei-der-landtagswahl-in-sachsen/>.

Joe Kaeser

## Sozial-ökologische Marktwirtschaft braucht Maß und Mitte

Fünf Faktoren bestimmen die Stärke der deutschen Wirtschaft: Erstens der Export. Er ist der Motor der deutschen Wirtschaft. Zweitens ist Deutschland immer noch ein Land der Erfinder. Und deshalb prägt unser Land drittens maßgeblich die globale Energiewende. Viertens ist Deutschland die Heimat vieler international agierender Konzerne. Und all dies ist nur möglich, weil Deutschland fünftens seit nunmehr fast 80 Jahren im Frieden lebt. Die Frage, inwieweit Rechtspopulismus diese Stärken gefährdet, beantwortet sich von selbst. Rechtspopulismus und Polarisierung greifen unsere Demokratie und unseren Wohlstand an. Sie schwächen die deutsche Wirtschaft. Dies verdeutlicht eine einzige Zahl. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) würde ein Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union 2,2 Mio. Arbeitsplätze kosten. Rechtspopulismus ist zuallererst eine reale Bedrohung für unsere Demokratie. Er ist aber zugleich Gift für unsere Wirtschaft.

### DER EXPORT – DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSMOTOR NUMMER 1

Alle nationalpopulistischen Kräfte in Europa eint, dass sie sich im Nationalstaat von der Welt abschotten und Binnenmärkte wie die EU schwächen wollen. Wir müssen nur nach Großbritannien schauen, um zu sehen, welche negativen Auswirkungen rechtspopulistische Rhetorik und lautstarke EU-skeptische Politik haben können. Internationale Isolation sorgt für steigende Kosten, Bürokratie und massive Arbeitsplatzverluste, die derzeit britische Exporteure schwer belasten. Insgesamt, so eine Mitte Februar 2024 von Goldman Sachs vorgelegte Studie, ist das Bruttoinlandsprodukt des Vereinigten Königreichs durch den Brexit um etwa 5% zurückgegangen.

Eine wesentliche Grundlage des deutschen Wohlstands ist der Export. Deutschland hat mehr von Exporten im EU-Binnenmarkt profitiert als jedes andere Land. Direkt durch die Verkäufe inländischer Produkte



Joe Kaeser

ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens Energy AG und Daimler Truck Holding AG.

Foto: © Siemens Energy AG

in die Welt hinaus und indirekt dadurch, dass viele kleine und mittlere Unternehmen als Zulieferer für die großen Exporteure erfolgreich sind. Wir sind von einer offenen und integrativen Gesellschaft abhängig, auf Mitarbeiter-, Kunden- und Investorenebene. Denn um die Exportschlager von morgen zu erfinden, braucht es nicht nur finanzielle Investitionen. Genauso wichtig ist eine offene, vielfältige Gesellschaft, die Innovation und Wandel begrüßt. Ein Rückzug in

nationalstaatliches Denken und eine Abschottung würde zu einer erheblichen Kontraktion der deutschen Wirtschaft führen und Millionen von Arbeitsplätzen gefährden. Den, wie von Alice Weidel beschrieben, EU-Abschied Großbritanniens als »Modell für Deutschland« zu beschreiben, ist daher nicht nur irrational, sondern auch gefährlich.

Populistischen Strömungen, die in Europa und darüber hinaus an Boden gewinnen, befürworten oft eine protektionistische Handelspolitik und eine Renationalisierung der Wirtschaft. Solche Politikansätze stehen im direkten Widerspruch zu den Prinzipien des freien Handels und der wirtschaftlichen Integration – die Grundlage für Deutschlands Erfolg als Exportnation. So prognostiziert etwa das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bei einer Umsetzung des Grundsatzprogramms und des Europawahlprogramms der AfD den Verlust von 2,2 Mio. Arbeitsplätzen.

Ein Beispiel aus meiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens Energy: Der Großteil der Nachfrage nach unserem Angebot kommt aus dem Ausland. Ohne diese Aufträge würden viele deutsche Standorte von Siemens Energy wie etwa Görlitz oder Erfurt nicht mehr existieren – und damit auch nicht die direkten und indirekten Arbeitsplätze dort. Von 90 Turbinen, die in Görlitz gebaut werden, wird nur eine einzige im Inland verkauft. Das heißt: Rund 90% der Arbeitsplätze in Görlitz hängen vom Export ab. Eine Partei, die Deutschland abschotten will und andere Kulturen ausgrenzt, schadet unserem Ansehen und unseren Exportinteressen in der Welt. Deshalb ist die beste »Alternative für Deutschland« unsere Exportkraft und die Stärkung der Prinzipien des freien Handels.

### LAND DER ERFINDER

Mit 12,4% aller Patentanmeldungen rangiert Deutschland weltweit auf Platz 2. Nur die USA sind stärker. Noch ... denn Deutschland ist das einzige Land innerhalb der Top Ten der Patentanmeldeländer, das einen merklichen Rückgang in den vergangenen Jahren zu verzeichnen hat. Um fast 5% sank laut Berechnungen des EU-Parlaments allein 2022 die Zahl der Patentanmeldungen gegenüber dem Vorjahr. Die Innovationskraft ist eine tragende Säule unserer Geschichte. Nicht umsonst gilt Deutschland als Land der Dichter, Denker, Erfinder und Ingenieure. Mit dem Buchdruck, dem elektrodynamischen Prinzip als Grundlage der Elektrifizierung und dem ersten Automobil hat Deutschland die Welt verändert. Doch heutzutage sind es vor allem Branchen wie der Maschinenbau und die Fahrzeugtechnik, die unter dem Druck aus Asien stagnieren.

Eine Politik, die Zuwanderung ablehnt, würde nicht nur zukünftige Innovation in Deutschland hemmen. Sie würde auch unsere gegenwärtige Basis für Experten-Fachwissen in Frage stellen, die u. a. auf qualifizierten Einwanderern beruht. Denn es steht außer Frage: Der Wettbewerb um die besten Köpfe hat längst begonnen. Und schon jetzt überlegen sich zugewanderte Ingenieurinnen und Ingenieure sehr genau, in welchen Regionen Deutschlands sie sich niederlassen, um ihren Beruf auszuüben. Die Geschichte lehrt uns, dass populistische Parteien sich dafür stark machen, den Status quo zu bewahren oder sogar die Zeit zurückzudrehen. Veränderung, egal ob industrielle Digitalisierung, Mobilität, Medizintechnik, Künstliche Intelligenz oder nachhaltige Energie, wird mit Misstrauen betrachtet. Wenn wir weiterhin auf der Innovations-Weltbühne mitspielen wollen, dürfen wir bei dem Thema Innovation nicht nachlassen. Momentan haben laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fast vier von zehn deutschen Firmen aufgehört, aktiv nach Neuerungen zu suchen. Ich bin davon überzeugt, dass wir noch das Handwerk und den Erfindergeist haben, diesem Trend entgegenzuwirken. Jedoch braucht es hierfür eine Politik, die mehr in Forschung und Entwicklung, in skalierbare, nachhaltige Geschäftsmodelle und in industrielle Applikationen investieren möchte.

Teuer eingekaufte Marketing-Slogans der AfD wie »Deutschen Erfindergeist endlich finanzkräftig unterstützen« mögen zwar ansprechend klingen. Aber sie lenken von der Tatsache ab, dass eine Politik, die sich gegen Veränderung und Fortschritt stellt, letztlich die Innovationsfähigkeit Deutschlands und seine Position auf der globalen Bühne schwächt. Innovation braucht eine offene und plurale Gesellschaft. Hierfür braucht es klare politische Rahmenbedingungen und wettbewerbsfähige Anreize, die auf Rationalität statt auf Ideologie basieren.

## UNSERE ROLLE IN DER GLOBALEN ENERGIEWENDE

Der Global Risks Report 2024 des World Economic Forum hat noch einmal deutlich gemacht: Der Kampf gegen den Klimawandel ist die zentrale Aufgabe unserer Zeit. Gleichzeitig gilt aber auch die Weisheit, dass in jeder Krise Chancen stecken. Die Energiewende ist das bedeutendste Investitionsprogramm seit der Industrialisierung. Das Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit, Finanzierbarkeit und Sicherheit unserer Energieversorgung ist ein umfangreiches Unterfangen und bietet gleichzeitig enorme Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Doch um diese Chancen zu nutzen, brauchen wir eine Politik, die den Kampf gegen den Klimawandel unterstützt, anstatt ihn zu behindern oder sogar leugnet.

Auch die Klimapolitik rechter Akteurinnen und Akteure ist oftmals ideologisch geprägt. Sie wendet sich gegen rationale Lösungsansätze der Klimaschutzge-

setze, CO<sub>2</sub>-Steuern, EU-Emissionshandel, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Der weitere Ausbau der Windenergie soll gestoppt werden. Und dass, obwohl erst im Dezember 2023 fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union die EU-Windcharta unterzeichnet haben und sich damit verpflichteten, langfristige Perspektiven für den Ausbau der Windenergie zu schaffen. Stattdessen setzt die AfD beim Thema Energieversorgung auf Kohle und Kernkraft. In diesem Kontext muss deutlich gemacht werden: Wer die AfD wählt, steuert Deutschland beim Thema Energiepolitik in eine Sackgasse ohne Wendekreis. Denn es gibt keine Alternative zum Gelingen der Energiewende.

Wir erleben bereits den Klimawandel und seine zerstörerischen Auswirkungen. Und diese sehen wir nicht nur in der Erwärmung und in Wetteranomalien. Sondern auch in der größten Migrationsbewegung unserer Zeit. Nach Angaben des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, wurden zwischen 2008 und 2016 jährlich durchschnittlich 21,5 Mio. Menschen durch wetterbedingte Ereignisse wie Überschwemmungen, Stürme, Waldbrände und extreme Temperaturen zwangsvertrieben. Prognosen des internationalen Thinktanks IEP gehen davon aus, dass bis 2050 weltweit 1,2 Mrd. Menschen aufgrund des Klimawandels und von Naturkatastrophen aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Nur knapp schrappte der Planet im vergangenen Jahr an der 1,5-Grad-Marke vorbei, auf die die Staaten der Welt die Erderwärmung begrenzen müssen. Auch in Deutschland wurde im Schnitt noch nie eine höhere Temperatur gemessen als 2023. Deutschlands Weg zur Klimaneutralität ist im Klimaschutzgesetz vorgezeichnet. Denn mit dem Ziel, bis 2045 netto null Emissionen zu erreichen, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Um diese Ziele einzuhalten, müssten allerdings schon bis 2030 umfangreiche Maßnahmen entlang der gesamten Energie-Wertschöpfungskette umgesetzt werden. Hierin kann Populismus und Klimaskepsis keinen Platz finden. Dafür lohnt es sich zu engagieren, als Bürger, als Mensch. Denn es geht um unser aller Zukunft.

## HEIMAT INTERNATIONALER KONZERNE

Geografisch im Zentrum der Europäischen Union gelegen, bietet Deutschland wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit sowie offenen Zugang zu den übrigen 26 EU-Staaten. Unternehmen aus aller Welt schätzen Deutschlands Marktgröße, den sicheren Rechtsrahmen, die hochqualifizierten Arbeitskräfte und die Infrastruktur. Wir sind dadurch eine attraktive Heimat vieler internationaler Konzerne, die sowohl durch Firmenzusammenschlüsse, Akquisitionen, aber auch durch eine wachsende Zahl von Greenfield-Projekten ihren Fußabdruck in der Europäischen Union vergrößern wollen. Die Bedeutung Deutschlands als Wirtschaftsstandort verdeutlicht eine einzige Zahl: Seit dem Brexit ist die Zahl britischer Unternehmen, die

ihre Tätigkeit nach Deutschland verlagert haben, um 38% gestiegen.

Wer demnach den »Dexit«, also Deutschlands Austritt aus der EU, befürwortet, hat nicht verstanden, dass kein europäisches Land im ökonomischen Wettstreit zwischen den Kontinenten auf eigene Faust überleben kann. Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Deutschland innerhalb Europas, vor allem im Wettstreit mit China und den USA. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt hat unseren heutigen Wohlstand und Erfindergeist überhaupt erst möglich gemacht. Es gibt Institutionen der EU, die ohne jeden Zweifel reformbedürftig sind. Aber es ist und bleibt das beste System, das wir haben. Es verschafft den Menschen Stabilität, Sicherheit, Freiheit, Freizügigkeit und Wohlstand.

Die Bedeutung internationaler Konzerne für die deutsche Wirtschaft kann ich demnach nicht hoch genug einschätzen. Sie schaffen Arbeitsplätze, zahlen Steuern, investieren in Forschung und Entwicklung und tragen zur internationalen Vernetzung der deutschen Wirtschaft bei.

#### DEUTSCHLAND IM FRIEDEN

Dies bringt mich zum letzten und dennoch wichtigsten Punkt. Deutschland lebt seit fast 80 Jahren im Frieden und profitiert von seiner Einbindung in die internationale Gemeinschaft. Wir sollten als Kinder und Enkel der deutschen Kriegsgeneration dankbar sein, dass man uns nach 1945 eine neue Chance in der Weltgemeinschaft gegeben hat. Das war nicht selbstverständlich. Auch deshalb müssen wir die Erinnerung an diesen Zivilisationsbruch wachhalten – das sind wir den Menschen, die unter der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten gelitten und ihr Leben verloren haben, schuldig. Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Wir dürfen dem Erstarken von Rechtspopulismus und Polarisierung nicht tatenlos zusehen. Jede Form von sozialer Intoleranz ist ein Angriff auf unsere Demokratie und unseren Wohlstand, den wir um jeden Preis schützen müssen.

Die wirtschaftliche und bürgerliche Gesellschaft darf nicht den Fehler von 1933 wiederholen und schweigend zusehen. Denn neueste Ereignisse, die sich in Deutschland abspielen, zeigen deutlich, dass ein Rechtsrutsch in der Politik nicht nur hypothetisch betrachtet werden darf. Deshalb haben wir im Aufsichtsrat von Siemens Energy und Daimler Truck, denen ich vorstehe, entschieden, der Initiative #NieWiederIstJetzt beizutreten und diese von ganzem Herzen zu unterstützen. Ich persönlich trete seit Jahren gegen Rechtsextremismus und seine Ausprägungen in unserem Land ein. Deshalb freue ich mich, dass sich immer mehr Menschen, darunter auch Topmanagerinnen und -manager, finden, die sich öffent-

lich gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Abschottung in unserem Land aussprechen. Das ist wesentlich, denn die Lage ist ernst. Gerade in einem Jahr wie 2024, in dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zur Wahl gehen wird.

Frieden und internationale Zusammenarbeit sind entscheidend für eine starke Demokratie und wirtschaftliche Stabilität. Sie fördern kulturellen Austausch und tragen zur Lösung globaler Herausforderungen bei. Von Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit haben wir nichts zu gewinnen.

#### FAZIT

Um die Eingangsfrage des Titelthemas »Ist unser Wohlstand in Gefahr?« klar und deutlich zu beantworten: Ja! Viele Menschen fühlen sich abgehängt und klammern sich an die falschen Versprechungen der rechten Parteien. Doch Rechtspopulismus ist eine reale Bedrohung für unsere Demokratie und unsere Wirtschaft. Denn es geht darum, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern und die Grundlagen für nachhaltiges und inklusives Wachstum zu schaffen. Denn nur in einer offenen, demokratischen und gerechten Gesellschaft kann unsere Wirtschaft gedeihen und ihr Potenzial entfalten. Dazu gehört die Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Meinungen, die Achtung der Menschenrechte und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Integration auf internationaler Ebene. Nur so können wir unseren Wohlstand und unsere demokratischen Werte für zukünftige Generationen bewahren.

Der Fokus liegt dabei auf fünf Themenfeldern: Wir müssen erstens unseren Status als starke Exportnation weiter ausbauen. Unsere Innovationskraft ist zweitens zu einem Großteil abhängig von internationalem Austausch. Deutschland spielt drittens eine führende Rolle beim Gelingen der weltweiten Energiewende. Deutschlands Stärke hängt viertens davon ab, dass internationale Konzerne von hier aus erfolgreiche Geschäfte machen. Und schließlich basiert unsere wirtschaftliche Stärke darauf, dass wir seit fast 80 Jahren im Frieden leben. Unser Ansehen auf der Weltbühne ist nicht selbstverständlich und bedarf ständiger Pflege und Anpassung an globale Rahmenbedingungen in volatilen Zeiten. Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir uns als Gesellschaft und Wirtschaft gegen Kräfte stemmen, die diese Errungenschaften durch Abschottung und Polarisierung gefährden.

Wir haben frühere Generationen oft gefragt, warum sie sich nicht zu Wort gemeldet haben, als sie den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und das Aufhetzen von Nachbarn gegen Nachbarn beobachten konnten. Es ist Zeit, dass wir uns die gleiche Frage stellen und zu Wort melden. Wir müssen die Werte der Offenheit, Vielfalt und Zusammenarbeit lautstark verteidigen. Wir dürfen politischem Populismus keine Chance geben.

Knut Bergmann und Matthias Diermeier

## AfD und Sozialpolitik: Anhänger fordern das Dagegensein

### DAS RADIKALE ENDE DES DEUTSCHEN SONDERWEGS

Seit Jahren versucht die Wahlforschung zu ergründen, warum sich im deutschen Parteiensystem – anders als in fast allen europäischen Ländern – lange keine rechtspopulistische Partei etablieren konnte (Bornschiefer 2012; Korte 2008). Gefüllt wurde die lange bestehende Repräsentationslücke erst durch die Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) auf allen drei Ebenen des föderalen Systems.

Eine bundesdeutsche Besonderheit ist der *cordon sanitaire*, der die Rechtspopulisten trotz ihrer Wahlerfolge weitestgehend von den Schalthebeln der – auch informellen – Macht ferngehalten hat (Weisskircher 2023). Zudem scheint die AfD radikaler als ihre europäischen Schwestern, was die Partei selbst in der von der italienischen Lega und dem französischen Rassemblement National dominierten Fraktion »Identität und Demokratie« im Europaparlament isolierte. Unklar bleibt angesichts der Extrempositionen – die übrigens weniger in den Programmen der AfD zu finden sind, sondern zumeist aus Interviews, Wahlkampf- und Talk-Show-Auftritten sowie Parlamentsreden stammen –, ob diese auch wirtschaftspolitische Realität würden, wenn die AfD dort ankäme, wo viele ihrer weniger radikalen Schwesterparteien bereits angelangt sind: in Regierungsverantwortung.

Ähnlich der meisten europäischen Rechtspopulisten ist die AfD zwar in der Steuer-, Arbeitsmarkt- oder Energiepolitik eine wirtschaftsliberale Partei – was ihr eigentlich Zuspruch von Seiten der Wirtschaft einbringen müsste –, vertritt aber ebenso Positionen, die von Wirtschaftsvertretern aufgrund des erwarteten Schadens für Geschäftsmodelle wie der einhergehenden politischen Unsicherheit auf Ablehnung stoßen: Die Verweigerung von Fachkräftesicherung durch qualifizierte Migration, die Absage an Freihandelsabkommen und eine aktive Industriepolitik, das Leugnen des anthropogenen Klimawandels sowie die Unklarheiten hinsichtlich eines möglichen deutschen Austritts aus der EU und/oder der Europäischen Währungsunion.

Hinzu kommt das schon genannte Spannungsfeld zwischen Programmatik und öffentlichen Aussagen, so dass nicht klar erkennbar ist, wo die Partei zu verorten ist. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD, Leif-Erik Holm, versuchte etwa in einer Talk-Show, angesprochen auf Dexit-Überlegungen von Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel, diese als »Ultima Ratio« abzuwiegeln. Auf die Nachfrage »Ist das EU-Wahlprogramm die Position oder das, was Sie jetzt hier gerade sagen, die Position?« antwortete er mit »Das, was ich hier sage« (Hart aber Fair 2024).

### GROSSE SORGEN IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Bezeichnenderweise gibt ein Hauptgeschäftsführer (HGF) in einer Befragung großer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände durch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW)<sup>1</sup> an, die politische Praxis der Partei mache »Berechenbarkeit unmöglich« und das AfD-Personal sei ein »zusammengewürfelter Haufen«. Unter anderem diesem Gedanken folgend, begegnet die verfasste Wirtschaft der Partei mit einer Ausgrenzungsstrategie (Bergmann et al. 2024). Gemeinsame Positionen, die angesichts der wirtschaftsliberalen Programmatik eigentlich bestehen müssten, werden kaum wahrgenommen. Überdies bestehen kaum persönliche Kontakte.

In fast jedem zweiten Verband werden »Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen« auf das Erstarken der Partei zurückgeführt (Bergmann und Diermeier 2023). Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Christian Sewing, wies Anfang 2024 sogar auf die Gefahr ausbleibender Unternehmensinvestitionen hin (Schäfers 2024), was die HGF jedoch nur zu knapp über 20% als zutreffend bewerteten (weitere 25% »teils-teils«) (Bergmann und Diermeier 2023). Die Partei wird jedoch nicht allein aufgrund der Unkalkulierbarkeit ihrer Positionen und der Kritik in puncto Europapolitik, Freihandel, Fachkräftesicherung und Industriepolitik als Standortrisiko empfunden; mehr noch sorgt sich die verfasste deutsche Wirtschaft um die Auswirkungen auf die politische Kultur – was nicht verwundert, da die Partei hier auch ohne Regierungsbeteiligung schon erkennbar Einfluss nimmt.

Bei der Suche nach Ursachen des Erstarkens der AfD kommt in der IW-Befragung bei insgesamt zwölf abgefragten Antwortmöglichkeiten das erste wirtschaftspolitische Item mit der »Energiepreiskrise« erst auf dem fünften Platz; der »drohende wirtschaftliche Abstieg Deutschlands« sogar erst auf dem neunten Platz.

<sup>1</sup> Da in dieser Befragung nur wenige Verbände aus Ostdeutschland vertreten waren, können die hier beschriebenen Aussagen nicht für ganz Deutschland als gesichert gelten. Es gibt diverse Hinweise, dass in Ostdeutschland mehr Kontakte der AfD zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Institutionen bestehen, als dies im Westen der Fall ist. Zudem hat die Befragung aufgrund ihres Designs einen Bias zugunsten von Industriebranchen, während das Handwerk nicht berücksichtigt wurde.



Dr. Knut Bergmann

ist Leiter Kommunikation und Hauptstadtbüro des IW.



Dr. Matthias Diermeier

ist Geschäftsführer IW Gesellschaftsforschung gGmbH und Leiter Kooperationscluster Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft des IW.

## AUSTERITÄT ALS URSACHE VON POLITISCHER RADIKALISIERUNG?

Publizistisch wurde dem entgegengestellt, dass die Erfolge der AfD auf einer unzureichenden Sozialpolitik basierten: »Wer die AfD bekämpfen will, muss soziale Politik machen«. Und: »Einer der Hauptgründe für den Rechtsruck ist [...] die Austeritätspolitik auch vorangegangener Regierungen« (Diez 2024). Die Prämisse einer solchen Argumentation lautet, dass die Erfolge der AfD auf der latenten Enttäuschung ihrer Anhängerschaft über eine vermeintlich mangelnde Leistungsfähigkeit des Sozialstaats basierten.<sup>2</sup> Auch die stark sozialpolitisch gefärbte Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem SPD-Parteitag Anfang Dezember 2023 lässt sich so interpretieren.<sup>3</sup>

Die vergleichende Populismusforschung hat die Implikationen von Austeritätspolitik – die in den hier angeführten Studien Einschnitte in der Sozialpolitik, bei den Bildungsaufgaben und bei den öffentlichen Investitionen beinhaltet – europaweit verschiedentlich untersucht. Gabriel et al. (2023) belegen, dass infolge eines Austeritätsschocks sowohl die Wahlenthaltung als auch die Stimmanteile radikaler Parteien steigen. Umgerechnet lassen sich mittelfristig 6% des Anstiegs der Wahlergebnisse extremer Parteien durch eine vorhergehende Austeritätsperiode erklären. Bei Parteien, die der extremen Rechten zugerechnet werden können, beträgt der Anteil allerdings lediglich 1,3% (Gabriel et al. 2023). Die Effekte fallen statistisch signifikant aus, deuten aber darauf hin, dass am rechten Rand andere Treiber existieren müssen, um die restlichen 98,7% des Erstarkens erklären zu können.

Ähnlich bestätigt die Analyse von Hübscher et al. (2023), dass Austeritätspolitik zur politischen Polarisierung beiträgt. Gerade neue, kleine und radikale Parteien profitieren am stärksten von einer entsprechenden Periode der Sparpolitik. In der ersten Wahl nach der Implementierung von Austeritätspolitik steigt das Ergebnis aller Nicht-Mainstream-Parteien um 3,5 Prozentpunkte, die Wahlbeteiligung sinkt um 1,8 Prozentpunkte. In einer experimentellen Befragung wird zudem gezeigt, dass dies gerade der Fall ist, wenn Austeritätspolitik in die Regierungszeit von Mainstream-Parteien<sup>4</sup> fällt (Hübscher et al. 2023).

Dass rechtspopulistische Parteien – über ihre Anti-Establishment-Positionierung hinaus – von Austeritätsmaßnahmen von Mainstream-Parteien profitieren, ist nicht selbstverständlich. Schließlich gibt die rechtspopulistische Parteienfamilie ein heterogenes Bild ab, was ihre *Positionierung* hinsichtlich des Um-

fangs des Sozialstaats betrifft (Diermeier 2022). Was hingegen ihre *Priorisierung* einzelner sozialstaatlicher Programme angeht, ist sie wesentlich homogener – und für ihre Wählerschaft leicht verständlich (Enggist und Pinggera 2022). In Zeiten von Austeritätspolitik lässt sich eine Umschichtung des Sozialstaats von Rechtspopulisten politisch kapitalisieren: Wenn sich Wählerinnen und Wähler in Zeiten von Austeritätspolitik von mitte-links Regierungen abwenden, weil diese sozialpolitische Erwartungshaltungen enttäuschen (müssen), bleibt das rechtspopulistische Versprechen eines selektiven, wohlfahrtschauvinistischen Sozialstaats davon unberührt (Enggist und Pinggera 2022). Wohlfahrtschauvinismus bedeutet entweder Umschichtungen von Sozialstaatsprogrammen, von denen überproportional Migranten profitieren (etwa von der Sozialhilfe) hin zu solchen, die derzeit zu großen Teilen von der nativen Bevölkerung bezogen werden (etwa Grundsicherung im Alter oder Rente mit 63), oder den Zugang von Migranten zum Sozialstaat zu erschweren (Diermeier und Niehues 2022). Beides ist auch innerhalb einer Sparpolitik umsetzbar, unabhängig davon, wie diese grundsätzlich bewertet wird.

## REGIONAL- STATT SOZIALPOLITIK GEGEN DAS ERSTARKEN DER AfD

Einer sozialpolitischen Einhegung der AfD steht entgegen, dass ihre Anhänger – ähnlich denen der FDP – sozialpolitischen Maßnahmen überaus kritisch gegenüberstehen. Dies wird insbesondere deutlich in der Beurteilung der Einführung des Bürgergeldes (Diermeier et al. 2023), der Kindergrundsicherung und der Mietpreisbremse (infratest 2023a). Genauso denkt die AfD-Anhängerschaft in Haushaltsfragen fiskalkonservativ. Als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Nachtragshaushalt 2021 für ungültig zu erklären, sprechen sich 69% von ihr für Einsparungen und nur 17% für eine Aussetzung der Schuldenbremse aus, 5% für die Anhebung von Steuern (infratest 2023b). Dabei spielen Einschnitte im Sozialstaat eine zentrale Rolle: Konkret nachgefragt gibt mit 84% ein ähnlich großer Anteil an, beim Bürgergeld sparen zu wollen, wie bei den Reizthemen »Militärhilfe für die Ukraine« (86%) sowie »Umstellung der Wirtschaft in Richtung mehr Klimafreundlichkeit« (82%) (infratest 2023b).

Erwartbar stilisieren AfD-Vertreter die Haushaltskrise wohlfahrtschauvinistisch als Verteilungskonflikt. Mitgliedern der Regierungsparteien wird vorgeworfen, sie seien »allesamt [...] linke Träumer, sozialistische Ideologen, die Deutschland und seine fleißigen Einwohner ruinieren. Sie sind die Anwälte der Nichtleister, Schützer der Gesetzesbrecher« (Deutscher Bundestag 2023, S. 14844) oder entschieden »zugunsten aller Welt und zu Lasten der Deutschen« (Deutscher Bundestag 2024, S. 19413). Nur bei »Rentnern, Arbeitnehmern oder bedürftigen deutschen Staatsbürgern« (Deutscher Bundestag 2024, S. 19419) sollten keine Ab-

<sup>2</sup> Schon an dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der kleingliedrige Blick nach Deutschland keinesfalls aufzeigt, dass die AfD in überschuldeten Gemeinden oder solchen mit geringer öffentlicher Investitionstätigkeit besonders erfolgreich wäre (Diermeier 2020).

<sup>3</sup> Zitat »Wir dürfen niemanden damit durchkommen lassen, dass er die Idee entwickelt, weil es ihm schlecht geht, darf er rechtsradikale Ideen haben.«

<sup>4</sup> Als Mainstream-Parteien werden bei Hübscher et al. (2023) mitte-links (sozialdemokratische) und mitte-rechts (konservative sowie christdemokratische) Parteien klassifiziert.

striche gemacht werden. Von einem wohlfahrtschauvinistischen Umbau des Sozialstaats ist demnach fraglich, wie sein Ausbau die AfD Prozentpunkte kosten könnte – schließlich kritisieren 87 % der AfD-Anhänger das Bürgergeld mit der Begründung, dass höhere Sozialleistungen zu einer stärkeren Migration führten, die die deutschen Sozialkassen übermäßig belastet (Diermeier et al. 2023). Mit anderen Worten: Die Ablehnung der AfD-Anhänger wurzelt auch in ihrer Befürchtung, dass sozialpolitische Maßnahmen aus ihrer Sicht illegitimen Empfängern zugutekommen könnte.

Ein wirtschaftspolitisches Feld, auf dem sich gegen die AfD punkten ließe, ist demgegenüber die Regionalpolitik: Gerade in Zeiten, in denen etablierte Industriezweige durch die nötige Dekarbonisierung infrage gestellt werden, muss der Bedeutung von jahrzehntelang gewachsenen Wirtschaftsstrukturen auf die regionale Verwurzelung regionalpolitisch Rechnung getragen werden (Roose 2020). Nicht zuletzt konnte die AfD in unter Strukturwandeldruck stehenden Regionen überdurchschnittliche Wahlerfolge feiern und damit ein in Ostdeutschland bekanntes Muster auch in Westdeutschland etablieren (Bergmann et al. 2023). Die AfD gewinnt zunehmend in wohl-situierten Regionen, wo Menschen um ihren Wohlstand fürchten und nicht bereit sind, die Kosten der Transformationspolitik zu tragen (Bergmann und Diermeier 2024).

Fruchtbarer als der Versuch, eine Wählerklientel über den nachsorgenden Sozialstaat, den diese gar nicht befürwortet, zurückzugewinnen, erscheint es daher, die knappen Ressourcen zugunsten einer vorsorgenden Investitionsförderpolitik zu priorisieren. Schließlich ist die regionale Balance der deutschen Wirtschaft ein Alleinstellungsmerkmal, das bis heute – anders als in Industrieländern wie den USA, Frankreich, Großbritannien oder Italien – dazu beiträgt, Spannungen zwischen Agglomerationsräumen und dem ländlichen Raum ökonomisch einzuhegen.

## REFERENZEN

Bergmann, K. und M. Diermeier (2024), »Transformationspolitik – Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition«, *transcript*, Bielefeld, im Erscheinen.

Bergmann, K. und M. Diermeier (2023), »AfD-Erstarken. Verbände sehen stärker politische als ökonomische Risiken«, *IW-Kurzbericht* 63.

Bergmann, K., M. Diermeier, D. Kinderman und W. Schröder (2024), »Die deutsche Wirtschaft und die AfD: Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse«, *WZB Discussion Paper* 2024–602.

Bergmann, K., M. Diermeier und H. Kempermann (2023), »AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten«, *IW-Kurzbericht* 71.

Bornschieer, S. (2012), »Why a Right-Wing Populist Party Emerged in France but Not in Germany: Cleavages and Actors in the Formation of a New Cultural Divide«, *European Political Science Review* 4(1), 121–145.

Deutscher Bundestag (2024), *Plenarprotokoll* 20/152, 2. Februar 2024, Berlin, verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20152.pdf>.

Deutscher Bundestag (2023), *Plenarprotokoll* 20/120, 8. September 2023, Berlin, verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20120.pdf>.

Diermeier, M., J. F. Engler und H. Schäfer (2023), »Zu viel oder zu wenig Reform? Die öffentliche Verhandlung des Bürgergeldes«, *IW-Trends* 50(1), 101–124.

Diermeier, M. und J. Niehues (2022), »Towards a Nuanced Understanding of Anti-immigration Sentiment in the Welfare State: A Program Specific Analysis of Welfare Preferences«, *Rationality and Society* 34(3), 302–333.

Diermeier, M. (2020), »Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland«, *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, 539–568.

Diez, G. (2024), »Wer die AfD bekämpfen will, muss soziale Politik machen«, *Die Zeit*, 28. Januar 2024, verfügbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/politik-gegen-afd-wirtschaft-migration>.

Enggist, M. und M. Pinggera (2022), »Radical Right Parties and Their Welfare State Stances – Not So Blurry After All?«, *West European Politics* 45(1), 102–128.

Gabriel, R. D., M. Klein und A. S. Pessoa (2023), »The Political Costs of Austerity«, *Annual Research Conference – European Integration, Institutions and Development*, 13–15. November 2023, Brüssel.

Hart aber fair (2024), »Was hilft gegen die extrem Rechten: zuhören, demonstrieren, verbieten?«, 5. Februar 2024, 53. Minute, verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/was-hilft-gegen-die-extrem-rechten-zuhorenen-demonstrieren-verbieten/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcnEtMjFIM2E1MjEtZj-JlYi00MzIlLWlyNGQtNTFmMWJlMTVkc0t4>.

Hübscher, E., T. Sattler und M. Wagner (2023), »Does Austerity Cause Polarization?«, *British Journal of Political Science* 53, 1170–1188.

infratest dimap (2023a), »ARD-DeutschlandTREND September 2023«, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/september/>.

infratest dimap (2023b), »ARD-DeutschlandTREND Dezember 2023«, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/dezember/>.

Korte, K.-R. (2008), »Neue Formeln zur Macht: Parteienwettbewerb in Deutschland«, *Die Politische Meinung* 465, 5–9.

Roose, J. (2020), »Wirtschaft ist Heimat: Regionaler Strukturwandel in Biografien und Erwartungen der Bevölkerung«, *Forum Empirische Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Berlin

Schäfers, M. (2024), »Sewing warnt vor der AfD«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Januar 2024.

Weisskircher, M. (2023), »Towards a Fifth Wave of Far-Right Politics in Germany and Beyond?«, in: *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament*, M. Weisskircher (Hrsg.), Abingdon, Routledge, 220–230.

Florian Dorn, David Gstrein und Florian Neumeier

## Wachsende Armutgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien\*

### ZUNEHMENDE POLARISIERUNG IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

In den vergangenen Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, haben extreme Parteien und populistische Bewegungen in vielen westlichen Demokratien stark an Popularität gewonnen. Die Präsidentschaft von Donald Trump und die zunehmende politische Polarisierung in den Vereinigten Staaten, das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie die Wahlerfolge nationalistischer Parteien in vielen Ländern Europas belegen diesen Trend. Zu den Hauptmerkmalen dieser Strömungen zählt eine migrations- und globalisierungsfeindliche Rhetorik. Darüber hinaus werden politisch Andersdenkende zu Feindbildern erklärt und demokratische Institutionen systematisch geschwächt.

Was aber steckt hinter den Wahlerfolgen nationalistischer und (rechts-)extremer Parteien und dem wachsenden Zuspruch zu populistischen und demokratiefeindlichen Bewegungen? In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften werden verschiedene sozio-kulturelle und -ökonomische Faktoren als Erklärung diskutiert, wie beispielsweise Theorien einer kulturellen Gegenreaktion einer Gruppe gegen einen für sie zu progressiven Wertewandel, gegen einen »Elite-gesteuerten« Prozess europäischer Integration, oder zu einwanderungsfeindlichen Einstellungen als Reaktion auf eine zunehmende Immigration. Andere führen die Entwicklungen auch auf Faktoren wie hohe Veränderungsgeschwindigkeiten, digitaler Wandel, Individualisierung, die veränderte Rolle von (sozialen) Medien und einem Verlust des demokratischen Raums zurück, oder aber auf ökonomische Ursachen wie wirtschaftliche Unsicherheit infolge von technologischem Wandel oder strukturellen Transformationsprozessen und Krisen (Dorn et al. 2023a, 2024b).

\* Dieser Beitrag fasst die aktualisierten Ergebnisse von Dorn, F., C. Fuest, D. Gstrein, L. Immel und F. Neumeier (2024a), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *mimeo*, zusammen (frühere Version, siehe Dorn et al. 2020).

In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Bedeutung eines ganz bestimmten Faktors: *Regionale Armutgefährdung*.<sup>1</sup> In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat nicht nur die Popularität nationalistischer und populistischer Bewegungen zugenommen, sondern auch der Anteil an Menschen, die armutsgefährdet sind, also nahe oder unterhalb der (relativen) Armutsgrenze leben. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir, wie diese beiden Entwicklungen zusammenhängen bzw. wie groß der Beitrag wachsender regionaler Konzentration von Armutgefährdung zum Erstarken nationalistischer und populistischer Strömungen ist. Unser Fokus liegt dabei auf der Lage in Deutschland, wo sich die wachsende Spaltung der Gesellschaft, die Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen und der zunehmende Nationalismus vor allem in den Wahlerfolgen der AfD manifestieren, während aber die Erfolge regional stark variieren.

### DATENGRUNDLAGE UND METHODISCHES VORGEHEN

Unser Interesse gilt der Frage, welchen Beitrag die wachsende relative Armutgefährdung und deren regionale Verteilung auf das Erstarken nationalistischer Parteien in Deutschland hat. Um den Zuspruch zu nationalistischen Strömungen zu messen, verwenden wir zwei Datensätze:

- *Stimmenanteile nationalistischer und rechtsextremer Parteien*: Im ersten Teil unserer Analyse nutzen wir die amtlichen Endergebnisse der Bundestagswahlen von 1998 bis 2017, um die Popularität nationalistischer Parteien zu messen. Die entsprechenden Daten kommen vom Bundeswahlleiter und liegen uns auf Ebene der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte vor, so dass unsere

<sup>1</sup> Darunter wird der Umstand bezeichnet, dass eine Person oder ein Haushalt relativ zur Mitte der Gesellschaft wirtschaftlich zurückfällt bzw. abgehängt ist.



Dr. Florian Dorn

ist Persönlicher Referent des Präsidenten und Economist am ifo Institut sowie Direktor von EconPol Europe bei CESifo.



David Gstrein

ist Doktorand der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am ifo Institut.



Dr. Florian Neumeier

ist Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am ifo Institut.

Auswertungen auf regionaler Ebene erfolgten. Als Maß für den Zuspruch zu nationalistischen Parteien dient uns der aggregierte Zweitstimmenanteil sämtlicher nationalistischer Parteien<sup>2</sup>, darunter der AfD, NPD, DVU und der Republikaner.

- *Umfragedaten:* Im zweiten Teil der Analyse messen wir die Popularität nationalistischer Parteien auf Basis von Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Das SOEP ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung, die jährlich durchgeführt wird. Entsprechend findet unsere Auswertung auf Basis von Individualdaten statt, wobei wir die Befragungswellen von 2000 bis 2018 nutzen. Um Parteienpräferenzen zu messen, wird im Rahmen des SOEP gefragt, mit welcher Partei sich die Umfrageteilnehmer\*innen identifizieren.

Zur Messung von relativer Armutsgefährdung ziehen wir drei Indikatoren heran:

- *Armutsgefährdungsquote:* Diese misst den Anteil der Haushalte, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, wobei die Armutsgrenze laut OECD-Definition 60% des mittleren Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) beträgt. Mit anderen Worten: Als arm bzw. armutsgefährdet gilt, wer im betrachteten Jahr weniger als 60% des Einkommens des mittleren deutschen Haushalts hat.
- *Armutslücke:* Diese misst den durchschnittlichen Einkommensabstand eines Haushalts von der Armutsgrenze, und zwar relativ zur Armutsgrenze. Während die Armutsgefährdungsquote misst, wie hoch der Anteil der Haushalte ist, die als armutsgefährdet gelten (Armutsprävalenz), misst die Armutslücke, wie stark die armutsgefährdeten Haushalte von Armut betroffen sind (Armutsausmaß).
- *Medianlücke:* Diese misst den durchschnittlichen Einkommensabstand eines Haushalts vom Einkommen des mittleren Haushalts (Medianeinkommen). Die Medianlücke gibt damit an, wie stark Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung im Schnitt vom mittleren Einkommen entfernt sind.

Um die drei Indikatoren zu berechnen, verwenden wir Daten zum Einkommen deutscher Haushalte aus dem Mikrozensus. Die Berechnung der Indikatoren erfolgt dabei auf Ebene der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte, als mittleres Einkommen verwenden wir das nationale Medianeinkommen. D. h., wir messen Prävalenz und Ausmaß an Armut für jeden deutschen Landkreis und jede kreisfreie Stadt getrennt, und zwar relativ zum bundesdeutschen Mittel. Unsere Indikatoren

zeigen somit an, wie sich die Armutsgefährdung bzw. wirtschaftliche Benachteiligung von Haushalten im Vergleich zur nationalen Entwicklung zwischen den Regionen verteilt und entwickelt.

Ziel unserer Auswertungen ist es, den kausalen Einfluss der regionalen Entwicklung relativer Armutsgefährdung auf die Popularität nationalistischer Parteien im Sinne eines Ursache-Wirkungszusammenhangs zu identifizieren. Zu diesem Zweck wenden wir eine Instrumentalvariablenschätzung an; methodisch orientieren wir uns dabei an der Studie von Boustan et al. (2013). Für die Identifikation kausaler Effekte wird dabei der Umstand ausgenutzt, dass sich nationale ökonomische Schocks unterschiedlich stark auf verschiedene Regionen auswirken. Mit Hilfe dieses Verfahrens können wir sicherstellen, dass die Effekte auf die Zustimmung zu nationalistischen Parteien, die wir schätzen, tatsächlich auf Veränderungen im Hinblick auf das Ausmaß an relativer Armutsgefährdung zurückzuführen sind und nicht auf Drittvariablen, die ggf. mit Armutsgefährdung und der Popularität nationalistischer Parteien korrelieren.

#### ERGEBNISSE AUF BASIS VON BUNDESTAGSWAHLDATEN

Betrachten wir zunächst die Ergebnisse für den Fall, in dem wir die Zustimmung zu nationalistischen Strömungen auf Basis der Zweitstimmenanteile rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen messen. Die in Tabelle 1 berichteten Koeffizienten messen, wie sich der Stimmenanteil nationalistischer Parteien in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt verändert, wenn die relative Armutsgefährdung in der Region zunimmt. Die Ergebnisse legen nahe, dass Armutsgefährdung die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien positiv beeinflusst. Zudem sind die von uns geschätzten Effekte statistisch signifikant und von erheblicher Größe. Zum Beispiel führt eine Erhöhung des Anteils an Haushalten in einer Region, die unterhalb der Armutsgrenze leben (gemessen durch die Armutsgefährdungsquote), um einen Prozentpunkt zu einem Anstieg des Stimmenanteils rechtsextremer Parteien um 0,5 Prozentpunkte. Der durchschnittliche Stimmenanteil rechtsextremer Parteien liegt in unserem Beobachtungszeitraum bei 4,95%, so dass der von uns geschätzte Effekt einen Anstieg des Zweitstimmenanteils rechtsextremer Parteien von 10% bedeutet. Tatsächlich ist die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in den Landkreisen und kreisfreien Städten zwischen 1998 und 2017 um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Damit können sogar fast 20% des Stimmenzuwachses nationalistischer Parteien durch das Wachstum der Armutsgefährdung in den betroffenen Regionen erklärt werden. Die Effekte sind noch größer, wenn wir die anderen Indikatoren für relative Armutsgefährdung betrachten. Eine Erhöhung der Armutslücke (Medianlücke) um einen Prozentpunkt führt zu einem Anstieg des Stimmenanteils

<sup>2</sup> Wir beziehen alle nationalistischen bzw. rechtsextremen Parteien in die Analyse der Wahldaten ein, die zwischen 1998 und 2017 zur Bundestagswahl angetreten sind und als Partei im Ganzen oder Teile von dieser von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wurde.

Tab. 1

**Unterstützung für rechtsextreme Parteien (Regionale Analyse)**

	(1)	(2)	(3)
Armutgefährdungsquote	0,496*** (0,119)		
Armutslücke		1,243*** (0,215)	
Medianlücke			0,683*** (0,233)

Anmerkungen: Ergebnisse einer Instrumentalvariablen-schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für zeit- und kreisfixe Effekte kontrolliert. \*/\*\*/\*\*\* zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a; 2020).

© ifo Institut

rechtsextremer Parteien um 1,2 (0,7) Prozentpunkte. Unsere Ergebnisse zeigen, dass lokal ein Nährboden für demokratiefeindliche und nationalistische Strömungen entstehen kann, je mehr Haushalte der Region nicht mehr mit der nationalen Einkommensentwicklung Schritt halten und abgehängt werden. In einer weiteren Spezifikation schätzen wir separate Effekte für west- und ostdeutsche Landkreise. Dabei zeigt sich, dass die Effekte in Ostdeutschland deutlich stärker sind als im Westen. Zwischen Stadt und Land finden wir hingegen keine signifikanten Unterschiede des Effekts von wachsender Armutgefährdung auf die Stimmergebnisse von nationalistischen Parteien.

**ERGEBNISSE AUF BASIS VON UMFRAGEDATEN**

Tabelle 2 zeigt die Auswirkungen regionaler Armutgefährdung auf die Unterstützung für rechtsextreme Parteien anhand der Umfragedaten. Die Effekte sind auch hier hochsignifikant und positiv. Die Größe der Koeffizienten ist sehr ähnlich zu den Schätzungen auf Basis von Bundestagswahldaten. Wir können also unsere Ergebnisse auch anhand von Umfragedaten bestätigen.

Während Wahlergebnisse die tatsächlichen politischen Präferenzen aus der Wahlkabine widerspiegeln, besteht der große Vorteil von Umfragedaten darin, dass sich damit auch separate Effekte für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen schätzen lassen. Abbildung 1 zeigt, wie sich ein Anstieg der regionalen Armutslücke auf den Zuspruch zu rechtsextremen Par-

teien in Abhängigkeit vom eigenen (relativen) Einkommen der befragten Person auswirkt. Hierfür haben wir die Befragten in Abhängigkeit ihres Einkommens in Quintile eingeteilt: Im ersten Quintil befinden sich Haushalte, die sich in der Einkommenshierarchie bei den unteren 20% befinden; im zweiten Quintil befinden sich Personen, deren Einkommen größer ist als das der 20% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 60% der einkommensstärksten Haushalte; im dritten Quintil befinden sich Personen in der Mitte, deren Einkommen größer ist als das der 40% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 40% der einkommensstärksten Haushalte; im vierten Quintil befinden sich Personen, deren Einkommen größer ist als das der 60% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 20% der einkommensstärksten Haushalte; und im fünften Quintil befinden sich schließlich Personen, die zu den 20% der einkommensstärksten Haushalte gehören.<sup>3</sup>

Es zeigt sich, dass die Effekte entlang der gesamten Einkommensverteilung statistisch signifikant und von relevanter Größe sind. Wenn also der Anteil an Haushalten in einer Region zunimmt, die armutsgefährdet sind, steigt die Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien in allen Einkommensgruppen. Unter den ärmsten 20% der Bevölkerung führt ein Anstieg der Armutslücke in der Region um einen Prozentpunkt zu

<sup>3</sup> Vgl. Dorn et al. (2023b) zum Vergleich, welche Einkommensgruppen zur Mittelschicht zuzuordnen sind oder ein vergleichsweise niedriges oder hohes Einkommen haben.

Tab. 2

**Unterstützung für rechtsextreme Parteien (Individuelle Analyse)**

	(1)	(2)	(3)
Armutgefährdungsquote	0,292*** (0,107)		
Armutslücke		1,277*** (0,391)	
Medianlücke			0,325*** (0,155)

Anmerkungen: Ergebnisse einer »Reduced-Form«-Schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für individuelle, zeit- und raumordnungsregionfixe Effekte kontrolliert. \*/\*\*/\*\*\* zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

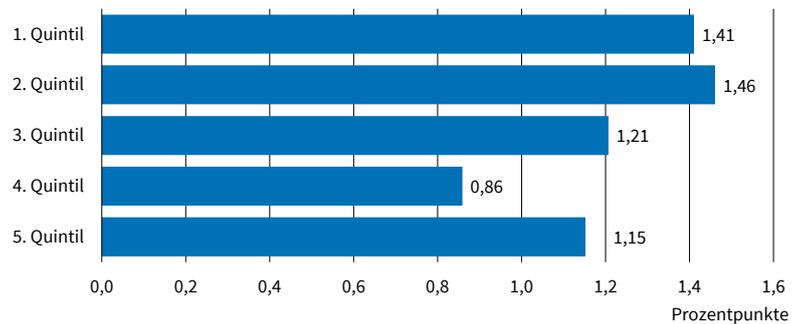
einem Anstieg der Unterstützung für rechtsextreme Parteien um 1,41 Prozentpunkte. Für die 20% nächstärmeren Personen in der Einkommenshierarchie ist der Effekt sehr ähnlich. Für die oberen 60% der Verteilung (3.–5. Quintil) fällt der Effekt zwar etwas kleiner aus, hat aber immer noch eine relevante Größe. Im vierten Quintil ist der Effekt am kleinsten, beträgt aber immerhin noch 0,86 Prozentpunkte. Insgesamt also zeigt sich, dass die von uns geschätzten Effekte von regionaler Armutsgefährdung auf den Zuspruch zu rechtsextremen Parteien nicht nur von den direkt von Armut Betroffenen getrieben wird. Stattdessen scheint der Umstand, dass in einer Region viele Haushalte von Armut betroffen sind, auch unter Personen mit hohem Einkommen zu einer Zunahme der Unterstützung für rechtsextreme Parteien zu führen.

Um einen Einblick zu bekommen, wie sich die politischen Einstellungen allgemein in wirtschaftlich abgehängten Regionen entwickeln, führen wir zusätzliche Analysen durch. Dazu greifen wir auf eine weitere Variable aus dem SOEP zurück: Zufriedenheit mit der Demokratie.<sup>4</sup> Die Ergebnisse legen nahe, dass die Prävalenz von Armutsgefährdung in der eigenen Region einen negativen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat (vgl. Tab. 3). Auch dieser Effekt bleibt über die gesamte Einkommenshierarchie hinweg sehr konstant, d. h., sowohl unter ärmeren als auch unter reicheren Personen nimmt die Demokratieverdrossenheit zu, wenn das Ausmaß an Armut in einer Region im Vergleich zur bundesdeutschen Einkommensentwicklung zunimmt. Eine Wahrnehmung zunehmender regionaler Benachteiligung, bzw. regional abgehängt zu sein, kann folglich nicht nur die Unterstützung für rechtsextreme Parteien erhöhen, sondern auch das Vertrauen in das politische System und die demokratischen Institutionen in allen Einkommensgruppen senken. In einer weiteren Analyse sehen wir zudem, dass Befragte aller Einkommensgruppen in den wirtschaftlich abgehängten Regionen signifikant weniger daran glauben, dass sich die sozialen Bedingungen durch eigenes soziales oder politisches Engagement ändern lassen.

<sup>4</sup> Die Skala reicht von 1 (vollkommen unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden).

Abb. 1

**Unterstützung für rechtsextreme Parteien**  
Effekt der Armutslücke nach Quintilen der Einkommensverteilung



Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

**ERGEBNISSE FÜR LINKSEXTREME PARTEIEN**

Kommt es zu wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit zwischen Haushalten und Regionen, könnte man auch annehmen, dass radikale linke Parteien profitieren, die gegen Kapitalismus und für mehr radikale Umverteilung plädieren. Wir haben daher auch den Effekt von relativer Armutsgefährdung auf die Stimmanteile und Wahlpräferenzen für radikale linke Parteien untersucht. Unsere Ergebnisse zeigen, dass auch linksextreme Parteien, von wachsender Armutsgefährdung profitieren.<sup>5</sup> Aufgrund der Bedeutungslosigkeit linksextremer Parteien in der bundesdeutschen Parteienlandschaft sind jedoch die Zugewinne ohne spürbare Relevanz. Ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote um einen Prozentpunkt führte bspw. nur zu einem Anstieg von 0,03 Prozentpunkten im Stimmenanteil linksextremer Parteien in Deutschland. Ein interessantes Muster ergibt sich, wenn die Partei Die Linke hinzugenommen wird. Diese profitierte im betrachteten Zeitraum der sechs Bundestagswahlen 1998 bis 2017 von Armutsgefährdung im Westen, verliert jedoch in ostdeutschen Regionen mit wachsender wirtschaftlicher Gefährdung, also in Regionen in denen auch Die Linke eher als etablierte Partei wahrgenommen wird.

<sup>5</sup> Als linksextrem begreifen wir alle Parteien, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Tab. 3

**Zufriedenheit mit der Demokratie (Individuelle Analyse)**

	(1)	(2)	(3)
Armutsgefährdungsquote	- 5,890 (6,129)		
Armutslücke		- 61,55*** (25,22)	
Medianlücke			- 10,43*** (5,186)

Anmerkungen: Ergebnisse einer »Reduced-Form«-Schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für individuelle, zeit- und raumordnungsregionfixe Effekte kontrolliert. \*/\*\*/\*\* zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

**FAZIT**

Mehrere Faktoren können eine Rolle spielen, wenn es um die Erklärung der demokratiefeindlichen und populistischen Entwicklungen sowie das Erstarken nationalistischer Parteien in westlichen Demokratien geht. Unsere Studienergebnisse zeigen, dass auch eine Zunahme von relativer wirtschaftlicher Gefährdung mitverantwortlich für den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien in Deutschland ist, insbesondere dem Erfolg der AfD. Menschen in Regionen, in denen das Ausmaß an Haushalten mit Armutsgefährdung und wirtschaftlicher Benachteiligung gegenüber der nationalen Einkommensentwicklung wächst, sind weniger mit der Demokratie und den politischen Institutionen zufrieden und glauben weniger daran, dass sich im bestehenden System die soziale Situation ändern lässt. Auffällig ist, dass in den betroffenen Regionen mit wachsender Prävalenz von Armutsgefährdung die Unzufriedenheit mit der Demokratie und die Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien über alle Einkommensgruppen hinweg steigt. Die Wahrnehmung der (regionalen) wirtschaftlichen Entwicklung scheint daher unabhängig von der eigenen persönlichen Einkommenssituation ein wichtiger Faktor zu sein. Dies kann auch erklären, warum die AfD gerade in strukturschwachen Regionen Deutschlands stärker hinzugewinnen kann, sich gleichzeitig aber die sozioökonomischen Merkmale ihrer Wählerschaft in Umfragen nicht besonders stark von denen anderer etablierter Parteien unterscheiden. Unsere Ergebnisse unterstreichen, dass zunehmende regionale wirtschaftliche Disparitäten und eine wachsende wirtschaftliche Unsicherheit eine Gefahr für die Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft sein können. Gerade in ostdeutschen, strukturschwachen Landkreisen und kreisfreien Städten scheint damit über Jahre ein Nährboden für die AfD entstanden zu sein, der sich einkommensunabhängig in einem Vertrauensverlust in das politische System und gegenüber etablierten demokratischen Parteien widerspiegelt.

Welche politischen Implikationen lassen sich aus den beschriebenen Ergebnissen schlussfolgern? Um

dem Erstarken populistischer und demokratiegefährdender Bewegungen entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, ist es wichtig, auch die wirtschaftlichen Faktoren im Blick zu haben. Um das Vertrauen der betroffenen Personen wieder zunehmend zurückzugewinnen, muss es in erster Linie gelingen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Eine besondere Bedeutung scheint zudem eine effektive Struktur- und Wirtschaftspolitik für strukturschwache Regionen zu haben. Von strukturellem und digitalem Wandel betroffene Menschen und Regionen müssen glaubhaft Chancen und Zukunftsaussichten geboten und mit wirksamen Maßnahmen in ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation unterstützt werden. Entscheidend hierfür ist es, nicht nur die wirtschaftliche Resilienz der Regionen zu stärken, sondern auch die der Menschen selbst gegenüber sich schnell veränderten Rahmenbedingungen zu verbessern. Neben einem einkommensabsichernden Sozialsystem und hinreichendem sozialen Ausgleich kommt dabei in der Sozialen Marktwirtschaft auch den Arbeitsmarktinstitutionen sowie dem Bildungs- und Ausbildungssystem eine entscheidende Rolle zu, damit sich betroffene Personengruppen leichter an veränderte Rahmenbedingungen und strukturelle wirtschaftliche Umbrüche anpassen können und das Vertrauen in die Demokratie und ihren Institutionen gestärkt werden.

**REFERENZEN**

- Boustan, L., F. Ferreira, H. Winkler und E. M. Zolt (2013), »The Effect of Rising Income Inequality on Taxation and Public Expenditures: Evidence From US Municipalities and School Districts, 1970–2000«, *The Review of Economics and Statistics* 95(4), 1291–1302.
- Dorn, F., C. Fuest, D. Gstrein, L. Immel und F. Neumeier (2024a), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *mimeo*.
- Dorn, F., D. Gstrein und F. Neumeier (2024b), »Economic Causes for the Rise of Populist and Nationalist Movements«, *EconPol Forum* 25(2), 9–13
- Dorn, F., D. Gstrein und F. Neumeier (2023a), Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?, ifo-Studie im Auftrag der Hertie-Kommission »Demokratie und Bildung«, Geimeinnützige Hertie-Stiftung, Berlin.
- Dorn, F., D. Gstrein, F. Neumeier und A. Peichl (2023b), »Die Mittelschicht in Deutschland: Zugehörigkeit, Entwicklung und Steuerlast«, *ifo Schnelldienst* 76(8), 29–36.
- Dorn, F., C. Fuest, L. Immel und F. Neumeier (2020), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *ifo Working Paper* 336.

Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch

## Populistische Regierungen: Wirtschaftliche und politische Folgen\*

Es gibt inzwischen zahlreiche wissenschaftliche Studien, die Gründe untersuchen, warum Menschen populistische Parteien wählen. Es ist jedoch an der Zeit, einen Schritt weiterzugehen. In unserer neuen Studie

(Funke et al. 2023) durchleuchten wir die wirtschaftlichen und politischen Folgen von Populismus. Wir stellen fest, dass Populismus zu einem langsameren Wirtschaftswachstum führt, demokratische Institutio-



**Dr. Manuel Funke**

ist stellvertretender Leiter des Forschungszentrums Internationale Finanzmärkte und Makroökonomie am Kiel Institut für Weltwirtschaft.



**Prof. Dr. Moritz Schularick**

ist Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Sciences Po, Paris.



**Prof. Dr. Christoph Trebesch**

ist Leiter des Forschungszentrums Internationale Finanzmärkte und Makroökonomie am Kiel Institut für Weltwirtschaft und Professor für Makroökonomie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

nen untergräbt und ein Land anfälliger für zukünftige populistische Regierungen machen kann.

Der Aufstieg des Populismus in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat viele Arbeiten zu den Determinanten populistischer Wahlerfolge motiviert (siehe die Übersicht von Guriev und Papaioannou 2020; Guiso et al. 2017; Rodrik 2017). Im Gegensatz dazu wissen wir immer noch wenig über die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des Populismus. Wie entwickelt sich die Wirtschaft, nachdem eine populistische Regierung an die Macht gekommen ist? Ist Populismus tatsächlich eine Bedrohung für die liberale Demokratie oder nicht? Diese Fragen sind noch nicht ausreichend untersucht worden. Die meisten vorhandenen Analysen zum Populismus konzentrieren sich auf die Ursachen und außerdem auf einzelne Länder oder auf Daten aus den vergangenen 20 oder 30 Jahren. Was fehlt, ist ein größeres Bild und eine globale, historische Perspektive auf das Thema Populismus.

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir in einer neuen Studie (Funke et al. 2023) eine umfassende länderübergreifende Datenbank zum Populismus aufgebaut und 51 populistische Präsidenten und Premierminister im Zeitraum von 1900 bis 2020 identifiziert. Um populistische Machthaber zu kodieren, stützen wir uns auf die heute in der Politikwissenschaft gebräuchliche Definition, nach der Populismus eine politische Strategie ist, die sich auf den Konflikt zwischen »dem Volk« und »den Eliten« konzentriert (vgl. Mudde 2004). Genauer gesagt definieren wir einen Machthaber als populistisch, wenn er den angeblichen Kampf des wahren Volkes (»wir«) gegen die korrupten Eliten (»sie«) in den Mittelpunkt seiner politischen Kampagne und ihres Regierungsstils stellt. Auf der Grundlage dieser Definition können beispielsweise Wladimir Putin, Ronald Reagan oder Barack Obama nicht als Populisten eingestuft werden, Jair Bolsonaro, Silvio Berlusconi oder Donald Trump jedoch eindeutig schon.

Für die Datenerhebung haben wir mehr als 20 000 Seiten wissenschaftlicher Literatur zum Thema Populismus gesammelt, digitalisiert und ausgewertet und 51 Machthaber identifiziert, die eindeutig der oben genannten Definition eines Populisten entsprechen.

\* Der Artikel ist eine gekürzte, überarbeitete und aktualisierte Fassung des Aufsatzes Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249-3288.

Genauer gesagt haben wir etwa 1 500 Regierende (d. h. Präsident, Premierminister oder vergleichbare höchste Machtpositionen) in 60 Ländern ab dem Jahr 1900 oder dem Jahr, in dem das betrachtete Land seine Unabhängigkeit erlangte, untersucht. Wir beginnen unsere Erhebung mit dem Jahr 1900, da es vor diesem Datum kaum Belege für Populisten an der Regierungsmacht auf Länderebene gibt.<sup>1</sup>

Anhand dieser aussagekräftigen Fallauswahl haben wir eine historische Analyse der Höhen und Tiefen populistischer Regierungen weltweit während der vergangenen 120 Jahren durchgeführt und ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen abgeschätzt.

### POPULISMUS HAT EINE LANGE GESCHICHTE UND IST SERIELLER NATUR

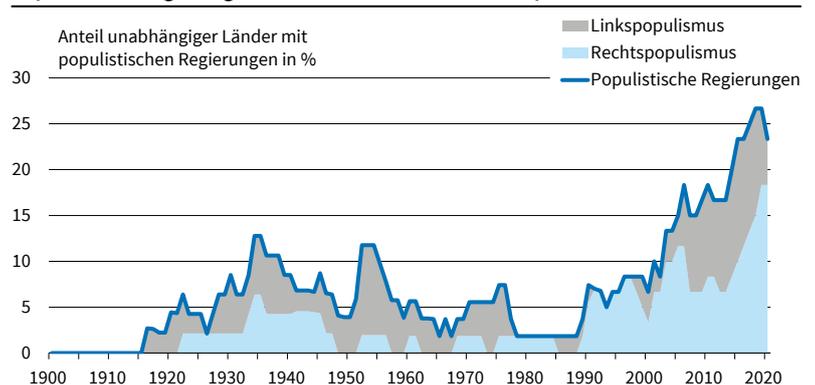
Abbildung 1 fasst die historische Entwicklung des Populismus zusammen, indem sie für jedes Jahr seit 1900 den Anteil der unabhängigen Länder in unserer Stichprobe von 60 Ländern darstellt, die von einem Populisten regiert wurden (blaue Linie). Die Abbildung zeigt, dass es Populismus auf Länderebene seit mehr als 100 Jahren gibt und dass er im vergangenen Jahrzehnt einen historischen Höhepunkt erreicht hat.

Der erste populistische Präsident war Hipólito Yrigoyen, der bei den Wahlen in Argentinien 1916 an die Macht kam. Seitdem hat der Populismus zwei große

<sup>1</sup> 1896 kandidierte der Populist William Jennings Bryan in den USA für das Präsidentenamt, verlor aber.

Abb. 1

#### Populistische Regierungen: Anteil der Länder in der Stichprobe

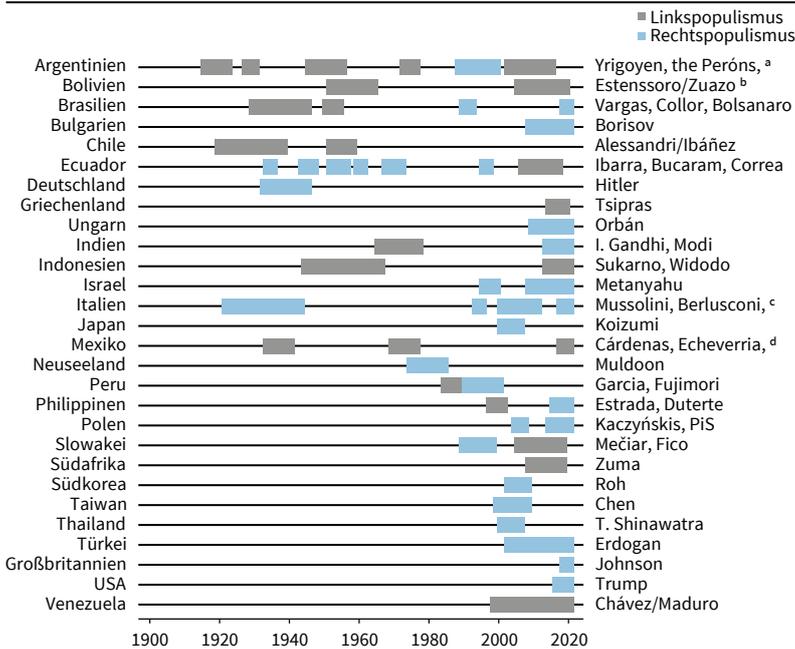


Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Abb. 2

Populistische Regierungsepisoden nach Ländern: Wiederkehrende Muster



<sup>a</sup> Menem, the Kirchners. – <sup>b</sup> (MNR), Morales. – <sup>c</sup> Lega/M5S. – <sup>d</sup> Obrador.  
Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Höhepunkte erlebt: während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und in den 2010er Jahren. Die 1980er Jahre waren der Tiefpunkt für den Populismus an der Macht. Nach dem Fall der Berliner Mauer kehrte das Phänomen jedoch ab 1990 mit voller Wucht zurück. Das Jahr 2018 markierte mit 16 Ländern (also mehr als 25% der Stichprobe), die von Politikern regiert werden, die in der politikwissenschaftlichen Literatur als Populisten bezeichnet werden, einen historischen Höchststand. Dieser jüngste Anstieg kann

hauptsächlich auf das Aufkommen einer neuen populistischen Rechten in Europa und darüber hinaus zurückgeführt werden.

Eine besonders interessante Erkenntnis aus unseren langfristigen Daten ist die Wiederkehr von populistischen Machtepisoden im Laufe der Zeit. Abbildung 2 zeigt die 27 Länder (aus unserer 60-Länder-Stichprobe), die in der Vergangenheit von Populisten regiert wurden (d. h. mindestens eine populistische Regierung an der Macht seit 1900 oder seit der Unabhängigkeit). Für jedes Land stellen die Balken die Zeiträume mit populistischer Führung dar.

Die Kernaussage von Abbildung 2 ist, dass Populismus auf Regierungsebene allem Anschein nach serieller Natur ist, da er in denselben Ländern immer wieder zu beobachten ist. Wir stellen lange und sich wiederholende Perioden populistischer Regierungsgewalt fest. Überdies deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die Tatsache, dass ein Land in der Vergangenheit eine populistische Regierungsperiode erlebt hat, ein starker Prädiktor für populistische Herrschaft in den vergangenen Jahren ist. Interessanterweise gab es in der Hälfte der Länder in Abbildung 2, die wiederholt von populistischen Kräften regiert wurden, einen Wechsel vom Links- zum Rechtspopulismus oder umgekehrt.

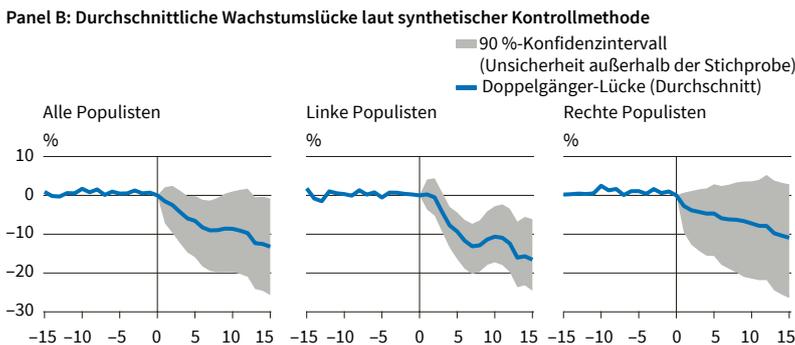
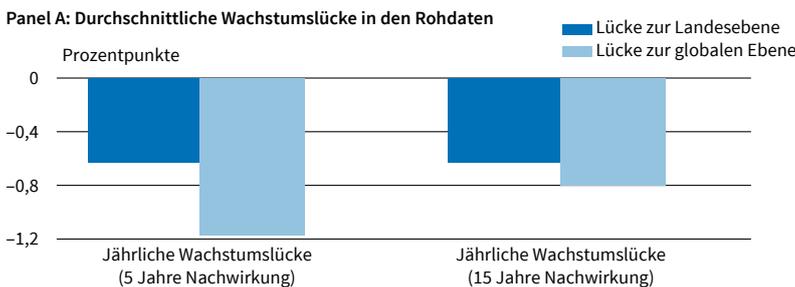
POPULISMUS HAT HOHE WIRTSCHAFTLICHE KOSTEN

Abbildung 3 gibt einen Hinweis auf die wirtschaftlichen Folgen, die wir durch den weltweiten Anstieg populistischer Politik in den vergangenen Jahren erwarten können. Panel A zeigt vier durchschnittliche Wachstumslücken beim annualisierten realen BIP-Wachstum, nachdem Populisten an die Macht gekommen sind. Die Methode lehnt sich an Blinder und Watsons (2016) Messung einer potenziellen Wachstumslücke zwischen demokratischen und republikanischen Präsidenten in US-Nachkriegsdaten an. Die Tendenz aus den Daten ist eindeutig. Nachdem eine populistische Regierung an die Macht kam, schnitten die Länder um etwa einen Prozentpunkt pro Jahr schlechter ab, sowohl im Vergleich zu der für ihr Land typischen langfristigen Wachstumsrate (blaue Balken) als auch zur (zum Messzeitpunkt) aktuellen globalen Wachstumsrate (hellblaue Balken). Dies gilt sowohl für den kurzfristigen Zeitraum von fünf Jahren als auch für den langfristigen Zeitraum von 15 Jahren nach dem Antritt der populistischen Regierung.

Die Ergebnisse in Panel A berücksichtigen allerdings nicht die wirtschaftlichen Ereignisse rund um den Amtsantritt der populistischen Kräfte oder die Dynamiken im Jahresvergleich, und sie verwenden keine strenge Kontrollgruppe. All dies ist aber besonders wichtig, da die Aufnahme eines Landes in unsere Gruppe von Ländern mit populistischen Regierungen im Hinblick auf die Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zufällig erfolgt (vgl. Funke et al. 2016).

Abb. 3

Die wirtschaftlichen Kosten des Populismus: BIP-Wachstumslücken



Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Aus diesem Grund gehen wir in Panel B wissenschaftlich bestimmter vor, indem wir die von Abadie et al. (2010) entwickelte synthetische Kontrollmethode (SCM) nutzen, um für jede populistische Machtübernahme einen Doppelgänger zu konstruieren. Genauer verwenden wir für jeden Fall einen Algorithmus, der bestimmt, welche gewichtete Kombination aus nicht-populistischen »Geberländern« dem Wachstumstrend des von Populismus betroffenen Landes mit größtmöglicher Genauigkeit entspricht, bevor die populistische Regierung an die Macht kam.

Der Vergleich der Entwicklung dieses synthetischen Doppelgängers mit den tatsächlichen Daten der populistischen Wirtschaft quantifiziert die Gesamtkosten der populistischen Regierungsepisode. Wir errechnen die Durchschnittswerte von wichtigen Kennzahlen  $\pm 15$  Jahre um den Amtsantritt der populistischen Regierungen in unserer Stichprobe und vergleichen sie mit ihrem geschätzten kontrafaktischen Durchschnittsverlauf. Zieht man die synthetischen Kontrollwerte von den Werten der tatsächlich populistischen Gruppe ab, so erhält man die sogenannte Doppelgänger-Lücke, die die durchschnittliche Wachstumsdifferenz aufgrund des Populismus misst.

Panel B zeigt die Ergebnisse dieser Untersuchung. Die blaue Linie repräsentiert jeweils den durchschnittlichen Unterschied (oder die Lücke) in der BIP-Dynamik zwischen der gesamten populistisch bzw. links- oder rechtspopulistisch regierten Ländergruppe und der synthetischen Kontrollgruppe (nichtpopulistisch), wobei ein Zeithorizont von 15 Jahren vor und nach dem Regierungsantritt zugrunde gelegt wird. Die grau hinterlegten Flächen sind simulationsbasierte Konfidenzintervalle am 90%-Niveau in Anlehnung an die Verfahren in Cattaneo et al. (2021) und Cattaneo et al. (2022).

Die kumulative Differenz zur Doppelgänger-Wirtschaft ist groß und beträgt nach 15 Jahren mehr als zehn Prozentpunkte. Die Entwicklung des BIP weicht schon bald nach dem Antritt der populistischen Regierungen deutlich von der unter der synthetischen kontrafaktischen Fallkonstellation ab, und die Wirtschaft erholt sich bis ans Ende unseres Beobachtungszeitraums nicht mehr.

Wichtig ist, dass alle diese Ergebnisse nicht nur robust bleiben, wenn wir unsere Fallauswahl entlang der Dimension des Links- bzw. Rechtspopulismus aufteilen, wie in der Abbildung dargestellt, sondern auch für mehrere andere Dimensionen: geografische Regionen, historische Epoche, Dauer der Herrschaft und ökonomische Ausgangsbedingungen, wie zum Beispiel große Finanzkrisen vor oder im Wahljahr. Wir führen außerdem »Länder-Placebo«- und »Zeit-Placebo«-Tests durch, bei denen wir die populistischen Episoden zufällig ausgewählten, in Wahrheit nicht betroffenen Gruppen von Ländern und Jahren zuordnen und die synthetische Kontrollmethode auf diese Gruppen anwenden. Hier finden wir keine negativen wirtschaftlichen Effekte, was unsere Hauptergebnisse für die tat-

sächlich betroffene Gruppe bestätigt. Die Ergebnisse bestehen auch bei der Verwendung von rigoroseren SCM-Schätzungen, die explizit berücksichtigen, dass wir viele Länder und Jahre auf einmal betrachten, also sowohl in mehreren Ländern simultan auftretenden Populismus also auch wiederkehrende Populismusepisoden innerhalb eines Land untersuchen (Abadie und L'Hour 2021; Ben-Michael et al. 2021).

## POPULISMUS SCHWÄCHT DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN

Populismus ist auch für demokratische Institutionen kostspielig. Um drei Beispiele zu geben, betrachten wir hier die Beschränkung der Exekutive durch die Justiz, die Freiheit und Fairness von Wahlen und die Pressefreiheit, jeweils vor und nach den populistischen Machtübernahmen. Die verwendeten Indizes stammen aus der Varieties of Democracy-Datenbank (V-Dem). Höhere Werte deuten jeweils auf ein höheres Maß an institutioneller Stärke hin.

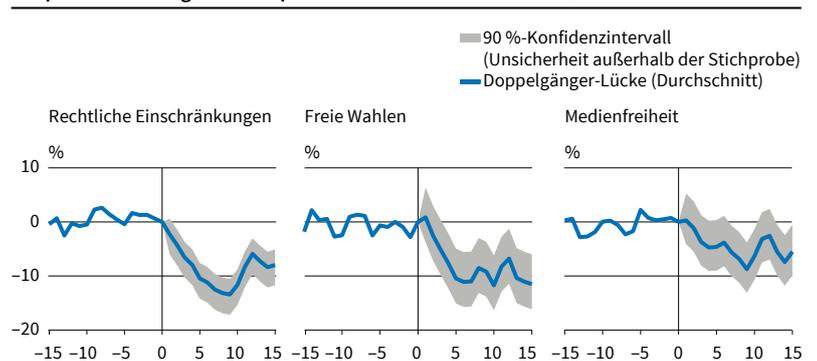
Abbildung 4 zeigt die SCM-Ergebnisse für die drei institutionellen Kennzahlen im Durchschnitt für alle Populisten in unserer Stichprobe (ähnlich wie die blaue Linie im Panel B der Abb. 3). Wie an der negativen Doppelgänger-Lücke zu sehen ist, nehmen die Kontrolle der Exekutive sowie die Wahl- und Pressefreiheit mit dem Start der populistischen Regimes deutlich ab, insbesondere im Vergleich zur sonst gleichen Situation ohne populistische Führung. Auch diese Ergebnisse bleiben robust, wenn man die Stichprobe in links- und rechtspopulistische Regierungen unterteilt. Die Erosion demokratischer Normen kann sowohl die serielle Natur bzw. Persistenz als auch die negativen wirtschaftlichen Folgen des Populismus erklären (Acemoglu et al. 2005; Acemoglu et al. 2013; Acemoglu et al. 2019; Guriev und Treisman 2019).

## WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS UND EINE KURZSICHTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

In Bezug auf die potenziellen Ursachen für den BIP-Verlust speziell unter Populismus finden wir in

Abb. 4

### Die politischen Folgen des Populismus: Institutioneller Verfall

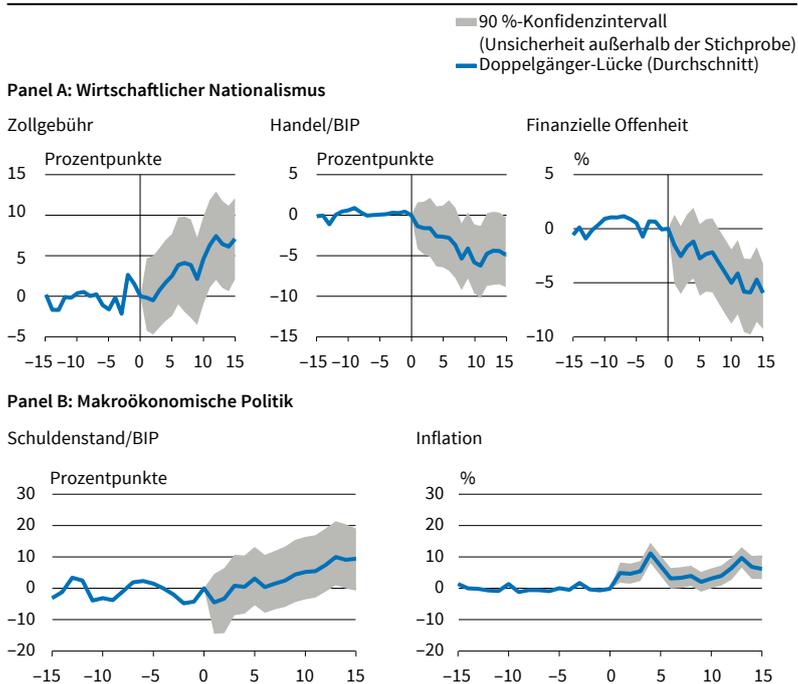


Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Abb. 5

## Populistische Wirtschaftspolitik: Desintegration, Verschuldung und Inflation



Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

den Daten Bestätigung insbesondere für zwei Wirkungskanäle, die Kernbereiche jeder Regierungspolitik sind und die auch in der Populismus-Literatur eine wichtige Rolle spielen: zum einen wirtschaftlicher Nationalismus, insbesondere durch protektionistische Handelspolitik (Born et al. 2019), und zum anderen kurzfristige makroökonomische Politikmaßnahmen, die zu steigender Staatsverschuldung und Inflation führen, wie bereits in den klassischen Makropopulismus-Studien von Sachs (1989) und Dornbusch und Edwards (1991) dargelegt.

Die Ergebnisse sind, wiederum unter Verwendung der SCM (Doppelgänger-Lücke), in Abbildung 5 dargestellt. Panel A deutet auf höhere Importzölle und geringere Handels- und Finanztransaktionen mit dem Ausland unter populistischer Wirtschaft hin. Panel B zeigt, wenn auch etwas unpräziser gemessen, die im Vergleich zur Kontrollgruppe erhöhte Staatsverschuldung und Inflation nach der populistischen Machtübernahme.

### SCHLUSSFOLGERUNG UND IMPLIKATIONEN

Populistische Regierungen können dauerhaften wirtschaftlichen und politischen Schaden anrichten. Länder mit populistischem Regime verzeichnen im Durchschnitt einen erheblichen Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP. Die Aushöhlung demokratischer Institutionen, eine protektionistische Handelspolitik und eine beschleunigte Schuldendynamik sind typische Merkmale von Populismus an der Macht.

Vor allem die Erosion demokratischer Normen könnte ein wichtiger Grund für die negativen wirt-

schaftlichen Folgen des Populismus sein, denn Demokratie und starke Institutionen wirken sich langfristig positiv auf die wirtschaftliche Prosperität aus. Institutionelle Unsicherheit und hohe Polarisierung unter populistisch geführten Ländern schrecken Investoren und Innovationen ab, bis hin zu Kapitalflucht und Brain-Drain, also dem Abwandern der am besten ausgebildeten Köpfe des Landes.

Der Schaden an den demokratischen Institutionen mag auch eine Erklärung dafür sein, warum einem Populisten oftmals der nächste folgt und populistische Regierungen oftmals ins Autoritäre abrutschen und sich lange an der Macht festbeißen. Zwar produzieren Populisten wirtschaftliche Missstände, verhindern aber durch eine Erosion der Gewaltenteilung, das Verzerren von Wahlen oder die Einflussnahme auf Justiz und Medien den demokratischen Prozess eines Machtwechsels.

Der serielle Charakter des Populismus ist ein großes Risiko für die Zukunft. Die von uns gesammelten historischen Daten deuten darauf hin, dass Populismus ein äußerst hartnäckiges Phänomen ist: In Ländern wie Argentinien und Ecuador gab es während der vergangenen 100 Jahre immer wieder populistische Führungen. Die große Frage ist, ob die westlichen Industrieländer in Zukunft ein ähnliches Schicksal erleiden und in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen »Serienpopulismus« erleben werden. Im Lichte der Geschichte ist dies leider kein unwahrscheinliches Szenario. Der Westen könne erst am Anfang einer längeren populistischen Ära stehen, wenn die Politik jetzt nichts dagegen unternimmt.

### REFERENZEN

- Abadie, A., A. Diamond und J. Hainmueller (2010), »Synthetic Control Methods for Comparative Case Studies: Estimating the Effect of California's Tobacco Control Program«, *Journal of the American Statistical Association* 105(490), 493–505.
- Abadie, A. und J. L'Hour (2021), »A Penalized Synthetic Control Estimator for Disaggregated Data«, *Journal of the American Statistical Association* 116(536), 1817–1834.
- Acemoglu, D., G. Egorov und K. Sonin (2013), »A Political Theory of Populism«, *The Quarterly Journal of Economics* 128(2), 771–805.
- Acemoglu, D., S. Johnson und J. A. Robinson (2005), »Institutions as the Fundamental Cause of Long-Run Growth«, in: P. Agion und S. Durlauf (Hrsg.), *Handbook of Economic Growth*, Vol. 1A, Elsevier, 385–472.
- Acemoglu, D., S. Naidu, P. Restrepo und J. A. Robinson (2019), »Democracy Does Cause Growth«, *Journal of Political Economy* 127(1), 47–100.
- Ben-Michael, E., A. Feller, J. Rothstein (2021), »Synthetic Controls with Staggered Adoption«, *NBER Working Paper* 28886.
- Blinder, A. S. und M. W. Watson (2016), »Presidents and the US Economy: An Econometric Exploration«, *American Economic Review* 106(4), 1015–1045.
- Born, B., G. J. Müller, M. Schularick und P. Sedlacek (2019), »The Cost of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment«, *Economic Journal* 129(623), 2722–2744.
- Cattaneo, M. D., Y. Feng und R. Titiunik (2021), »Prediction Intervals for Synthetic Control Methods«, *Journal of the American Statistical Association* 116(536), 1865–1880.
- Cattaneo, M. D., Y. Feng, F. Palomba und R. Titiunik (2022), »scpi: Uncertainty Quantification for Synthetic Control Estimator«, *Working Paper*, Februar.
- Dornbusch, R. und S. Edwards (Hrsg.) (1991), *The Macroeconomics of Populism in Latin America*, University of Chicago Press.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2016), »Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870–2014«, *European Economic Review* 88, 227–260.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249–3288.

Guiso, L., H. Herrera, M. Morelli und T. Sonno (2017), »The Spread of Populism in Western Countries«, *VoxEU.org*, 14. Oktober 2017.

Guriev, S. und E. Papaioannou (2020), »The Political Economy of Populism«, *CEPR Discussion Paper* 14433.

Guriev, S. und D. Treisman (2019), »Informational Autocrats«, *Journal of Economic Perspectives* 33(4), 100–127.

Mudde, C. (2004), »The Populist Zeitgeist«, *Government and Opposition* 39(4), 541–563.

Rodrik, D. (2017), »Economics of the Populist Backlash«, *VoxEU.org*, 3. Juli 2017.

Sachs, J. D. (1989), »Social Conflict and Populist Policies in Latin America«, *NBER Working Paper* 2897.

## Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos und Marcel Thum

### Den populistischen Wähler verstehen\*

Populismus ist ein schwer fassbares Konzept. Der Begriff wird im öffentlichen Diskurs oft in abwertender Weise verwendet, beispielsweise um die Ansichten anderer als ziemlich vereinfachend abzutun. Oder er wird genutzt, um Politikvorschläge als lediglich von opportunistischen Motiven getrieben abzuwerten (Schwörer 2021); damit wird Politikerinnen und Politikern vorgeworfen, den Weg des geringsten Widerstands zu wählen. In allen Teilen des politischen Spektrums werden jedoch anbiedernde oder wenig durchdachte Argumentationslinien genutzt. Auf der Suche nach einer tragfähigen Definition des Populismus berufen sich viele Untersuchungen auf Cas Mudde (2004, S. 543): »...eine Ideologie, die die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, ‚das reine Volk‘ gegen ‚die korrupte Elite‘, und die argumentiert, dass die Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (des allgemeinen Willens) des Volkes sein sollte.«<sup>1</sup> Daher wird das »Wir gegen die Elite« als der gemeinsame Nenner des modernen Populismus angesehen.

Diese Definition lässt sich über das politische Spektrum und die verschiedenen Länder hinweg anwenden. Auf der linken Seite des politischen Spektrums existieren Parteien, die nicht nur eine stärkere Umverteilung zugunsten der Armen anstreben (wie traditionelle linke Parteien), sondern diese Forderung nach Umverteilung mit einer anti-elitären Rhetorik verbinden, die behauptet, dass die reichen Eliten die Ressourcen des »wahren« Volkes in ihre Richtung lenken. Die rechte Seite des politischen Spektrums verdächtigt korrupte Eliten, eine Einwanderung aus anderen Teilen der Welt zu befördern, die als Bedrohung für die traditionellen Werte und die nationale Kultur angesehen wird. Nach dieser Definition gehören Parteien wie die AfD in Deutschland, Rassemblement National in Frankreich, UK Independence Party im

Vereinigten Königreich oder Vox in Spanien zu den Rechtspopulisten. Die spanische Unidas Podemos, die deutsche Die Linke und die französische La France Insoumise sind ihre linkspopulistischen Gegenstücke.

Dieses Konzept des Populismus ist nützlich, um die Entwicklung des »Wir-gegen-die-Elite«-Denkens bei nationalen Wahlen zu verfolgen. Der Stimmenanteil populistischer Parteien – klassifiziert nach der PopuList (Rooduijn et al. 2023) – ist in Europa von 12% im Jahr 1993 auf mehr als 30% im Jahr 2022 gestiegen. Das Konzept kann auch effektiv genutzt werden, um zu analysieren, ob solche populistischen Parteien andere politische Ergebnisse hervorbringen als traditionelle nichtpopulistische Parteien. Dornbusch und Edwards (1990) haben beschrieben, wie populistische Regime erst einen wirtschaftlichen Aufschwung auslösen, der dann jedoch in einen ökonomischen Absturz mündet. In jüngerer Zeit haben Funke et al. (2023) die Leistung populistischer Regime weltweit in den vergangenen 120 Jahren untersucht. Nach 15 Jahren haben Länder mit einer populistischen Regierung 10% ihres Pro-Kopf-BIP im Vergleich zu vergleichbaren Ländern ohne populistische Regierungen verloren.

Aber wer sind die Wähler der populistischen Parteien? Um den Anstieg des Populismus besser zu



Prof. K. Peren Arin

ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Zayed University, Abu Dhabi, und Research Associate am Centre of Applied Macroeconomic Analysis (CAMA) der Australian National University, Canberra.



Prof. Efstathios Polyzos

ist Associate Professor für Finanzen an der Zayed University, Abu Dhabi, und Research Associate am Centre of Applied Macroeconomic Analysis (CAMA), Australian National University, Canberra.

Foto: © Zayed University



Prof. Dr. Marcel Thum

ist Leiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Dresden.

Foto: © Klaus Gigga

\* Dieser Artikel ist die deutsche Version von Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024a), »Understanding the Populist Voter«, *EconPol Forum* 25(2), 14–18.

<sup>1</sup> Übersetzung durch die Autoren.

verstehen, könnte es hilfreich sein, mehr über die Soziodemografie, die Einstellungen, die Informationslage und die psychologischen Muster derjenigen zu erfahren, die eine populistische Partei wählen oder zu wählen beabsichtigen. In mehreren Arbeiten wurde versucht, die Determinanten der populistischen Wahlbeteiligung zu ermitteln, wenn auch aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Methoden. Um nur einige der untersuchten Dimensionen zu nennen: Das Geschlecht hat einen signifikanten Einfluss auf die Stimmabgabe für populistische Parteien, wobei rechtsradikale Parteien mehr Unterstützung von Männern als von Frauen erhalten (Spierings und Zaslove 2015, 2017). Männer liken auch Posts populistischer Politiker in den sozialen Medien, insbesondere auf Facebook, eher als Frauen (Bobba et al. 2018).

Im Gegensatz zu dem, was in der Öffentlichkeit gemeinhin diskutiert wird, hat das Alter keinen einheitlichen Einfluss auf die populistische Stimmabgabe. Während im Vereinigten Königreich die UKIP-Wähler überwiegend älter waren (Ford und Goodwin 2014), sind es in Kontinentalwesteuropa eher jüngere, besser gebildete Menschen, die Links- und Rechtspopulisten unterstützen (Zagorski et al. 2021; Foa und Mounk 2019). Neben der Soziodemografie werden die Wahlchancen von Populisten auch durch makroökonomische Faktoren wie erhöhte Arbeitslosigkeit während Wirtschaftskrisen, Importe, die die eigene Arbeit im Inland ersetzen, und Ungleichheit beeinflusst (Guriev 2018; Pastor und Veronesi 2021; Dijkstra et al. 2020). Häufig beeinflusst die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation und nicht die tatsächliche Lage das populistische Wahlverhalten (Rico und Anduiza 2019; Algan et al. 2017). Vorurteile und Fehlwahrnehmungen im Allgemeinen, wie von Kuklinski et al. (2000) in Bezug auf Sozialhilfeempfänger und die Zuweisung von Haushaltsmitteln gezeigt, haben einen erheblichen Einfluss. Rechts- und linkspopulistische Wähler weisen gleichermaßen ein geringes politisches Vertrauen auf, unterscheiden sich untereinander aber zum Beispiel in ihrer Einstellung zu Migration und Einkommensumverteilung (Akkerman et al. 2017).

In diesem Artikel versuchen wir, den populistischen Wähler zu beschreiben, indem wir diejenigen Dimensionen herausstellen, in denen sich linkspopulistische Wähler am meisten von rechtspopulistischen Wählern unterscheiden. Wir ermitteln auch die Dimensionen, bei denen es kaum einen Unterschied zwischen den beiden Typen von Populisten, aber einen großen Unterschied zu nichtpopulistischen Wählern gibt. Wir verwenden einfache deskriptive Statistiken für die Determinanten der populistischen Wählerschaft.<sup>2</sup> Die Analyse stützt sich auf unsere eigene, groß angelegte Umfrage, die eine Vielzahl von Informationen auf individueller Ebene (soziodemografische Da-

ten, Einstellungen, Fehlwahrnehmungen, Verhaltensweisen und psychologische Aspekte) für Personen in vier großen europäischen Ländern enthält.

## UMFRAGEDATEN

Die von den Autoren mit Qualtrics erstellte Umfrage lief in vier europäischen Ländern: Frankreich, Deutschland, Spanien und Vereinigtes Königreich.<sup>3</sup> Die Umfrage wurde mit Hilfe von Respondi,<sup>4</sup> das für seinen Zugang zu repräsentativen Stichproben von Umfrageteilnehmern bekannt ist, per E-Mail durchgeführt. Die Umfrage wurde in der jeweiligen Landessprache verteilt; eine Vergütung wurde nur denjenigen Teilnehmern gezahlt, die die Umfrage erfolgreich abschlossen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden gefragt, für welche Partei sie bei der jüngsten Wahl gestimmt haben und welcher Partei sie bei der nächsten Wahl ihre Stimme geben wollen. Außerdem wurden in dem Fragebogen Informationen über die politische Ausrichtung der Befragten erfasst. Auch Angaben zur Demografie und zum sozioökonomischen Status der Befragten wurden erhoben. Darüber hinaus enthielt die Umfrage eine Reihe von Fragen zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Sicherheit, zum Vertrauen in politische Parteien und Institutionen sowie zur Fähigkeit, Fake News zu erkennen. Zudem wurden die Befragten zu ihrer Wahrnehmung von sozialer Einsamkeit befragt. Schließlich erhoben wir mögliche Fehlwahrnehmungen in Bezug auf wirtschaftlichen Status, Migration, Religion und Korruption. Mit Hilfe von Sachfragen wurde das Verständnis der Befragten für diese Themen ermittelt, und ihre Antworten wurden mit den tatsächlichen Zahlen verglichen.

Insgesamt gingen 31 568 Antworten ein, wobei die durchschnittliche Bearbeitungszeit 24 Minuten betrug. Von der Analyse ausgeschlossen wurden alle Befragten, die nicht alle Fragen beantworteten, und diejenigen, die die Umfrage ungewöhnlich schnell (in weniger als drei Minuten) beantworteten. Wir haben eine manuelle Zuordnung vorgenommen, um die verschiedenen Namensvarianten einer Partei zu erfassen.<sup>5</sup> Befragungsteilnehmer, die keine Antworten auf die Fragen zu ihrem Wahlverhalten gaben, wurden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir Teilnehmende herausgefiltert, die Parteinamen angaben, für die wir keine passende Partei in den jeweiligen Ländern identifizieren konnten.

Die endgültige Stichprobe umfasst 12 027 Befragte im Alter von 18 bis 92 Jahren, die den Fragebogen entsprechend den genannten Kriterien ausgefüllt haben. Die Stichprobe kommt einer repräsentativen Verteilung in jedem Land sehr nahe, mit endgültigen Stichprobengrößen pro Land von 3 551 für Deutsch-

<sup>2</sup> In einem akademischen Begleitpapier verwenden wir fortgeschrittenere Methoden (BMA-, Lasso- und Ridge-Regressionen sowie Variationen von Random Forests), um statistisch wichtige Faktoren für populistische Stimmen zu isolieren (Arin et al. 2024b).

<sup>3</sup> Weitere Einzelheiten zu dieser Erhebung finden sich in Arin et al. (2022, 2023, 2024b).

<sup>4</sup> Das Unternehmen wurde kürzlich in Bilendi umbenannt.

<sup>5</sup> Z. B. National Front und National Rally in Frankreich.

land, 2 556 für Frankreich, 3 214 für das Vereinigte Königreich und 2 706 für Spanien.

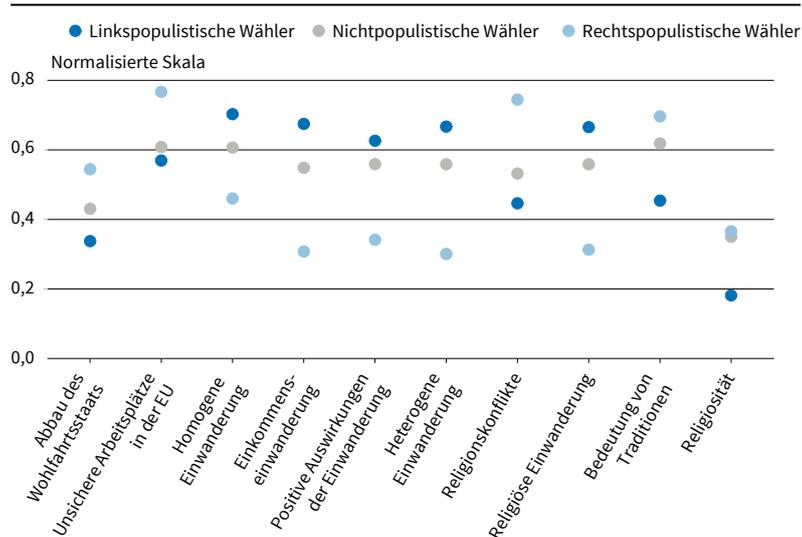
Der letzte Schritt bestand darin, alle genannten Parteien als linkspopulistisch, rechtspopulistisch oder nichtpopulistisch zu klassifizieren. Die Einstufung erfolgte auf der Grundlage der Klassifizierungen von Rooduijn et al. (2023) und des Pew Research Center (2019). Für Parteien, die in diesen Quellen nicht enthalten sind, haben wir Parteiprogramme und öffentlich verfügbare Informationen untersucht, um eine Einordnung vorzunehmen, wobei wir uns an die Kriterien von Rooduijn et al. (2023) und dem Pew Research Center (2019) gehalten haben.<sup>6</sup> Je nach angegebenem Wahlverhalten klassifizieren wir die Befragten als rechtspopulistische, linkspopulistische oder nichtpopulistische Wähler. Für die anschließende Analyse berechnen wir für die drei Wählergruppen den Mittelwert der Antworten auf jede der rund 100 Fragen in der Umfrage. Auf diese Weise können wir Merkmale ermitteln, in denen sich Links- und Rechtspopulisten unterscheiden, aber auch, wo Populisten mit Nichtpopulisten übereinstimmen und wo sie voneinander abweichen.

**ERGEBNISSE**

Abbildung 1 zeigt die Dimensionen, bei denen sich rechts- und linkspopulistische Wähler am stärksten unterscheiden. Wir haben alle Antwortskalen auf Werte zwischen null und eins normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. Beispielsweise sprechen sich linkspopulistische Wähler bei der Aussage »Um dem Wettbewerb anderer Länder zu begegnen, müssen wir unseren Sozialstaat abbauen« deutlich gegen den Abbau des Wohlfahrtsstaats aus. Rechtspopulistische Wähler zeigen hingegen ein hohes Maß an Zustimmung für die Notwendigkeit des Abbaus des Wohlfahrtsstaats. Die Ansichten der nichtpopulistischen Wähler liegen zwischen den beiden populistischen Gruppen. Die Ausgestaltung und das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats ist also ein Politikbereich, in dem die links- und rechtspopulistischen Wähler voneinander, aber auch von den nichtpopulistischen Wählern abweichen.

Links- und rechtspopulistische Wähler unterscheiden sich auch in ihren Antworten bezüglich der Arbeitsplatzunsicherheit aufgrund der Öffnung der EU-Grenzen (»Die Öffnung der europäischen Grenzen bedeutet, dass unsere Arbeitgeber die Niedriglohnarbeiter aus ärmeren Ländern unseren eigenen Arbeitnehmern vorziehen werden.«). Die Wähler der Rechtspopulisten sehen die offenen Grenzen der EU für Waren, Dienstleistungen, Kapital und bis zu einem gewissen Grad auch für Arbeitskräfte als Bedrohung für die Arbeitsplatzsicherheit an, während die Zustimmung der Wähler der Linkspopulisten sogar unter der der Nichtpopulisten liegt. Es ist überraschend, dass

Abb. 1  
Antworten mit dem größten Abstand zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern



Anmerkung: Alle Antwortskalen sind zwischen 0 und 1 normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern; Die Ergebnisse beziehen sich auf alle vier untersuchten Länder (Deutschland, Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich). 1. Abbau des Wohlfahrtsstaats: Um dem Wettbewerb anderer Länder zu begegnen, müssen wir unseren Sozialstaat abbauen. 2. Unsichere Arbeitsplätze in der EU: Die Öffnung der europäischen Grenzen bedeutet, dass unsere Arbeitgeber die Niedriglohnarbeiter aus ärmeren Ländern unseren eigenen Arbeitnehmern vorziehen werden. 3. Homogene Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die derselben ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 4. Einkommenseinwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die aus ärmeren Ländern außerhalb Europas kommen, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 5. Positive Auswirkungen der Einwanderung: Wird Deutschland durch Menschen, die aus anderen Ländern hierherkommen, zu einem schlechteren / besseren Ort zu leben? 6. Heterogene Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die einer anderen ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 7. Religionskonflikte: Das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen wird in Zukunft zwangsläufig gewalttätig werden. 8. Religiöse Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die einer anderen Religion/einem anderen Glauben wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 9. Bedeutung von Traditionen: Es ist wichtig, die Traditionen und Bräuche zu befolgen, die von der Religion oder der Familie weitergegeben werden. 10. Religiosität: Wie religiös sind Sie?  
Quelle: Umfrage der Autoren.

© ifo Institut

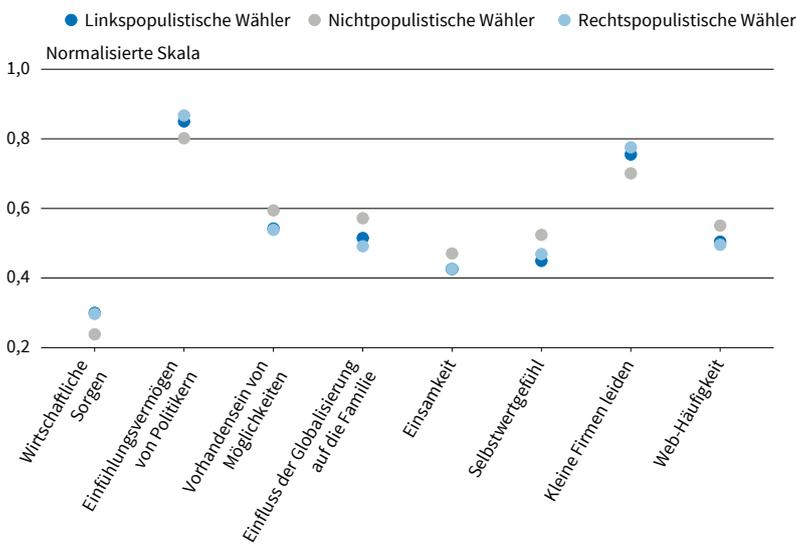
linkspopulistische Wähler so wenig Besorgnis über die Bedrohung durch die Globalisierung äußern, während linkspopulistische Parteien in der Regel betonen, dass die Globalisierung das Einkommen und den Wohlstand der Eliten auf Kosten der »normalen Menschen« erhöht.<sup>7</sup> Wie wir weiter unten sehen werden, ist die Reaktion der linkspopulistischen Wähler negativer, wenn sie direkt zur Globalisierung befragt werden und nicht indirekt über die Offenheit der Grenzen.

Mehrere Fragen in dieser Top-Ten-Liste der abweichenden Ansichten befassen sich mit der Einwanderung und ihren Folgen. Diese Fragen untersuchen die Bereitschaft der Befragten, Einwanderer derselben Ethnie (»homogene Einwanderung«), verschiedener Ethnien (»heterogene Einwanderung«), verschiedener Religionen (»religiöse Einwanderung«) oder aus ärmeren Ländern (»Einkommenseinwanderung«) zu akzeptieren. Wir haben auch die Überzeugungen der Befragten erhoben, ob sich die Einwanderung positiv oder negativ auf ihr Land auswirkt (»positive Auswirkungen der Einwanderung«) und ob die Einwanderung das Potenzial für gewalttätige Konflikte zwischen Muslimen und Christen in der Zukunft birgt (»Religionskonflikte«). Bei all diesen Dimensionen ist ein

<sup>6</sup> Die klassifizierte Liste der populistischen Parteien ist auf Anfrage erhältlich.

<sup>7</sup> Die Frage zielt nicht auf die Arbeitsmigration ab, sondern ganz allgemein auf die internationalen Unterschiede bei den Arbeitskosten.

Abb. 2

**Antworten mit dem geringsten Abstand zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern**


Anmerkung: Alle Antwortskalen sind zwischen 0 und 1 normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. 1. Wirtschaftliche Sorgen: Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre Einstellung zu Ihren derzeitigen Haushaltseinkommen zu? (Ich kann mit meinem derzeitigen Einkommen komfortabel leben ... Ich finde es sehr schwierig, mit meinem derzeitigen Einkommen auszukommen) 2. Einfühlungsvermögen von Politikern: Die Politiker sollten die Probleme der Menschen stärker berücksichtigen. 3. Wirtschaftliche Chancen: Ich habe genug Möglichkeiten, um im Leben voranzukommen. 4. Einfluss der Globalisierung auf die Familie: Wie schätzen Sie den Einfluss der Globalisierung auf Sie und Ihre Familie ein. 5. Einsamkeit: Ich vermisse es, Menschen um mich zu haben. 6. Kleine Firmen leiden: Multinationale Unternehmen werden immer mächtiger, kleine Unternehmen werden unter Druck geraten. 7. Selbstwertgefühl: Es gibt Menschen, die eher an der Spitze unserer Gesellschaft stehen, und Menschen, die eher am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Wo würden Sie sich selbst einordnen? 8. Web-Häufigkeit: Wie oft erhalten Sie Nachrichten von einer Nachrichtenseite oder App?

Quelle: Umfrage der Autoren.

© ifo Institut

deutlicher Unterschied in den Antworten zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern festzustellen. Linkspopulistische Wähler äußern sich deutlich positiver, unabhängig von der Art der Einwanderung, und übertreffen sogar den Optimismus der nichtpopulistischen Wähler bei den erwarteten positiven Auswirkungen der Zuwanderung.

Die letzten beiden Dimensionen, bei denen die Meinungen von links- und rechtspopulistischen Wählern weit auseinandergehen, betreffen die Religiosität und die Bedeutung, die Traditionen zugeschrieben wird (»Bedeutung von Traditionen«). Linkspopulistische Wähler sind signifikant weniger religiös als Nichtpopulisten und Wähler des rechtspopulistischen Spektrums. Auch messen sie den Traditionen keine große Bedeutung bei, und auch hier unterscheiden sich ihre Antworten von denen der nichtpopulistischen Wähler. Bei diesen Fragen stimmen die nichtpopulistischen Wähler eher mit den rechtspopulistischen Wählern überein.

Abgesehen von der Bedeutung, die Traditionen und Religion beigemessen wird, wo die nichtpopulistischen Wähler eher dem rechten Flügel zuzuordnen sind, neigen die Wähler der nichtpopulistischen Parteien dazu, Meinungen zu teilen, die eher dem linken als dem rechten Flügel entsprechen. Insbesondere in Fragen der Einwanderung besteht eine erhebliche Kluft zwischen rechtspopulistischen Wählern und der restlichen Wählerschaft.

Unsere Analyse deckt auch einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Grup-

pen populistischer Wähler auf. In Abbildung 2 zeigen wir die Dimensionen, bei denen die durchschnittlichen Antworten von links- und rechtspopulistischen Wählern fast identisch sind, sich aber – bis zu einem gewissen Grad – von den nichtpopulistischen Wählern unterscheiden; wir lassen all die Dimensionen außer Acht, bei denen alle drei Gruppen die gleichen durchschnittlichen Antworten geben. Die beiden Gruppen populistischer Wähler teilen die wirtschaftlichen Sorgen und beklagen das (mangelnde) Einfühlungsvermögen der Politiker sowie einen Mangel an Chancen. Beide Gruppen sind auch der Ansicht, dass die Globalisierung ihnen und ihren Familien schadet, und sie sind misstrauisch gegenüber der Ausbreitung multinationaler Unternehmen (»kleine Firmen leiden«). Etwas überraschend ist schließlich, dass beide Gruppen tendenziell weniger häufig Nachrichten von Nachrichten-Websites oder Apps beziehen als nichtpopulistische Wähler.

Wähler, die populistischen Parteien anhängen, unabhängig davon, ob sie links- oder rechtsorientiert sind, neigen zu einem geringeren Selbstwertgefühl (»Selbstwert«). Im Gegensatz zu den Wählern nichtpopulistischer Parteien, die sich in Bezug auf ihre wahrgenommene gesellschaftliche Hierarchie im Durchschnitt etwas oberhalb der Mitte positionieren, neigen die Anhänger populistischer Parteien (sowohl links als auch rechts) dazu, sich etwas unterhalb der Mitte zu positionieren. Nach unserer Umfrage haben rechtspopulistische Wähler sogar ein etwas höheres Einkommen als nichtpopulistische und linkspopulistische Wähler – das Selbstwertgefühl ist also nicht von den tatsächlichen Einkommensverhältnissen getrieben.<sup>8</sup> Die Unterschiede im Selbstwertgefühl könnte möglicherweise ein Faktor sein, der von populistischen Politikern in der Ansprache ihrer Wählerklientel genutzt wird.

Diese gefühlte unterdurchschnittliche Stellung in der Gesellschaft ist – etwas überraschend – nicht darauf zurückzuführen, dass die Personen in Bezug auf persönliche Kontakte marginalisiert oder isoliert sind. Auf die Frage, ob sie es »vermissen, Menschen um sich zu haben« (»Einsamkeit«), fühlen sich populistische Wähler von links und rechts weniger einsam als nichtpopulistische Wähler. Wir können nicht sagen, ob populistische Wähler per se besser sozial integriert sind oder ob ihre Wahrnehmung, sich vom Rest der Bevölkerung zu unterscheiden, ein Gefühl der Kameradschaft unter Gleichgesinnten hervorruft, was das Gefühl der Einsamkeit verringern kann. Dieses »Zugehörigkeitsgefühl« kann durch die von populistischen Politikern häufig verwendete Sprache des »wir gegen sie« verstärkt werden.

Einige Unterschiede in der Bewertung von Migration, Globalisierung und Wohlfahrtsstaat könnten auf unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität

<sup>8</sup> Bei der Frage nach dem Einkommen werden feste Einkommensrubriken verwendet, um das durchschnittliche Wocheneinkommen der Befragten zu ermitteln.

zurückzuführen sein. In den vergangenen Jahren ist eine umfangreiche Literatur zu verschiedenen Fehlwahrnehmungen entstanden (Arin et al. 2021). In Abbildung 3 zeigen wir einige wichtige Unterschiede in den Fehlwahrnehmungen der drei Gruppen. Wir haben jede Art von Fehlwahrnehmung auf Werte zwischen null und eins normiert, wobei der Wählergruppe mit dem höchsten Mittelwert ein Wert von eins und der Gruppe mit dem niedrigsten Mittelwert ein Wert von null zugewiesen wurde.

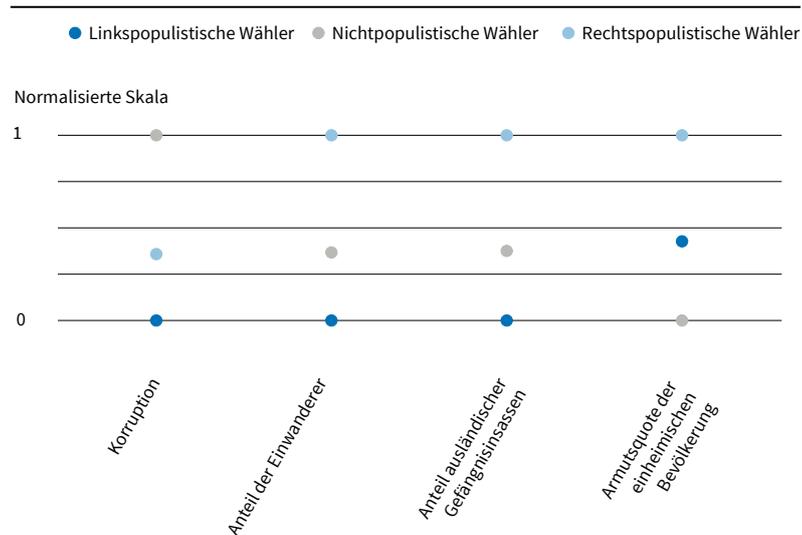
Rechtspopulistische Wähler haben eine höhere Fehleinschätzung in Bezug auf die Zuwanderung und sie schätzen die Kriminalität von Zuwanderern höher ein, was durch den (geschätzten) Anteil der im Ausland geborenen Gefängnisinsassen gemessen wurde. Dies deckt sich mit früheren Ergebnissen, dass die Besorgnis über Einwanderung und potenzielle demografische Verschiebungen bei rechtspopulistischen Wählern besonders ausgeprägt ist. Während wir bei den linkspopulistischen Wählern eine höhere Fehlwahrnehmung der Einkommensungleichheit erwartet hatten, bestätigen die Befragungsdaten dies nicht. Die Armutsquote der einheimischen Bevölkerung überschätzen die rechtspopulistischen Wähler sogar mehr als die linkspopulistischen. Etwas überraschend ist auch, dass beide Gruppen von populistischen Wählern einen besseren Rang in Bezug auf die Korruption in ihren Ländern erwarten als nichtpopulistische Wähler. Während die populistischen Wähler im Durchschnitt den Rang ihres Landes ungefähr richtig einschätzen, glauben die nichtpopulistischen Wähler, dass die Korruption weiter verbreitet ist, als sie es tatsächlich ist. Wir können nur spekulieren, dass populistische Wähler bei der Beantwortung dieser Frage ihre bevorzugten Parteien oder Politiker im Sinn haben und an deren Ehrlichkeit glauben.

**SCHLUSSFOLGERUNG**

Unsere Analyse zeigt signifikante Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern sowie zwischen beiden populistischen Gruppen und nichtpopulistischen Wählern. Die Einwanderung erweist sich als der wichtigste Bereich der Divergenz, wobei linkspopulistische Wähler die positiven Auswirkungen der Einwanderung betonen. Im Gegensatz dazu sehen Rechtspopulisten die Einwanderung als negativ und betrachten sie als größere Bedrohung für einheimische Arbeitnehmer und den Sozialstaat. Beide populistischen Gruppen teilen die Besorgnis über wirtschaftliche Unsicherheit, wahrgenommene politische Ungleichheit, begrenzte Möglichkeiten und eine vorsichtige Haltung gegenüber multinationalen Konzernen. Das geringere Selbstwertgefühl des gesellschaftlichen Ansehens unter populistischen Wählern, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur Linken oder Rechten, deutet auf einen gemeinsamen Mechanismus hin, der zu ihrer Ausrichtung auf populistische Ideologien beitragen könnte.

Abb. 3

**Fehlwahrnehmungen – Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern**



Anmerkung: 1. Korruptionswahrnehmung: An welcher Position von den Ländern der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs (insgesamt 28 Länder) befindet sich Ihr Land Ihrer Meinung nach bei der Korruption? 2. Wahrnehmung der Einwanderung: Betrachten Sie die derzeitige Bevölkerung in Ihrem Land. Was schätzen Sie, wie viele von 100 Personen wurden in einem anderen Land geboren? 3. Anteil ausländischer Gefängnisinsassen: Wie viele von 100 Menschen in inländischen Gefängnissen sind Ausländer? 4. Armutsquote der einheimischen Bevölkerung: Wie viele von 100 erwachsenen Menschen, die in Deutschland geboren wurden, leben unterhalb der Armutsgrenze?  
Quelle: Umfrage der Autoren. © ifo Institut

Da unser Ziel darin bestand, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen populistischen und nichtpopulistischen Wählergruppen aufzuzeigen, sind wir vorsichtig, wenn es darum geht, politische Schlussfolgerungen aus unserer deskriptiven Untersuchung zu ziehen. Sie zeigt jedoch potenzielle Bereiche für weitere Untersuchungen und politische Überlegungen auf. Die Ergebnisse legen nahe, sich insbesondere mit Fragen zu befassen, die mit dem wahrgenommenen Mangel an Chancen und der hohen wirtschaftlichen Unsicherheit zusammenhängen. Langfristige Strategien könnten sich auf die Verbesserung der Mobilität zwischen den Generationen und die Verringerung der politisch bedingten wirtschaftlichen Unsicherheit konzentrieren, um die Anziehungskraft populistischer Agenden zu mindern.

**REFERENZEN**

Akerman, A., A. Zaslove und B. Spruyt (2017), »We the People« or »We the Peoples«? A Comparison of Support for the Populist Radical Right and Populist Radical Left in the Netherlands«, *Swiss Political Science Review* 23(4), 377–403.  
 Algan, Y., S. Guriev, E. Papaioannou und E. Passari (2017), »The European Trust Crisis and the Rise of Populism«, *Brookings Papers on Economic Activity* 48(2), 309–400.  
 Arin, K. P., J. A. Lacomba, F. Lagos, D. Mazrekaj und M. Thum (2021), »Misperceptions and Fake News during the COVID-19 Pandemic«, *CESifo Working Paper* 9066.  
 Arin, K. P., J. A. Lacomba, F. Lagos, A. I. Moro-Egido und M. Thum (2022), »Exploring the Hidden Impact of the COVID-19 Pandemic: The Role of Urbanization«, *Economics and Human Biology* 46, 10119.  
 Arin, K. P., D. Mazrekaj und M. Thum (2023), »Ability of Detecting and Willingness to Share Fake News«, *Scientific Reports* 13(1), 7298.  
 Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024a), »Understanding the Populist Voter«, *EconPol Forum* 25(2), 14–18.

Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024b), »The Populist Voter: A Machine Learning Approach for the Individual Characteristics«, *mimeo*, Zayed University, February.

Bobba, G., C. Cremonesi, M. Mancosu und A. Seddone (2018), »Populism and the Gender Gap: Comparing Digital Engagement with Populist and Non-populist Facebook Pages in France, Italy, and Spain«, *The International Journal of Press/Politics* 23(4), 458–475.

Dijkstra, L., H. Poelman und A. Rodríguez-Pose (2020), »The Geography of EU Discontent«, *Regional Studies* 54(6), 737–753.

Dornbusch, R. und S. Edwards (1990), »Macroeconomic Populism«, *Journal of Development Economics* 32(2), 247–277.

Foa, R. S. und Y. Mounk (2019), »Youth and the Populist Wave«, *Philosophy & Social Criticism* 45(9–10), 1013–1024.

Ford, R. und M. Goodwin (2014), *Revolt on the Right: Explaining Support for the Radical Right in Britain*, London, Routledge.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249–3288.

Guriev, S. (2018), »Economic Drivers of Populism«, *AEA Papers and Proceedings* 108, 200–203.

Kuklinski, J. H., Quirk, P. J., Jerit, J., Schwieder, D. und R. F. Rich (2000), »Misinformation and the Currency of Democratic Citizenship«, *The Journal of Politics* 62(3), 790–816.

Mudde, C. (2004), »The Populist Zeitgeist«, *Government and Opposition* 39(4), 541–563.

Pástor, L. und P. Veronesi (2021), »Inequality Aversion, Populism, and the Backlash against Globalization«, *The Journal of Finance* 76(6), 2857–2906.

Pew Research Center (2019), *European Public Opinion Three Decades after the Fall of Communism*, Technical Report, verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/>.

Rico, G. und E. Anduiza (2019), »Economic Correlates of Populist Attitudes: An Analysis of Nine European Countries in the Aftermath of the Great Recession«, *Acta Politica* 54(3), 371–397.

Rooduijn, M., A. L.P. Pirro, D. Halikiopoulou, C. Froio, S. van Kessel, S. L. de Lange, C. Mudde und P. Taggart (2023), *The Populist 3.0: An Overview of Populist, Far-left and Far-right Parties in Europe*, verfügbar unter: <https://www.popu-list.org>.

Schwörer, J. (2021), »Don't call me a populist! The Meaning of Populism for Western European Parties and Politicians«, *Electoral Studies* 72, 102358.

Spierings, N. und A. Zaslove (2015), »Gendering the Vote for Populist Radical-right Parties«, *Patterns of Prejudice* 49(1–2), 135–162.

Spierings, N. und A. Zaslove (2017), »Gender, Populist Attitudes, and Voting: Explaining the Gender Gap in Voting for Populist Radical Right and Populist Radical Left Parties«, *West European Politics* 40(4), 821–847.

Zagorski, P., J. Rama und G. Cordero (2021), »Young and Temporary: Youth Employment Insecurity and Support for Right-wing Populist Parties in Europe«, *Government and Opposition* 56(3), 405–426.

Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel und Tuuli Tähtinen

## Welche Politik verfolgen Populisten an der Macht? Ergebnisse ausgewählter Studien

Die Parteiensysteme in vielen westlichen Industrienationen fragmentieren sich zunehmend. Es gibt immer mehr Parteien und die Wähler kehren den etablierten (Volks-)Parteien den Rücken. Insbesondere populistische Parteien erhalten viel Zuspruch.<sup>1</sup> Die Gründe für den Zulauf zu populistischen Parteien sind vielfältig. Dazu zählen Enttäuschung über die etablierten Parteien, die es oft nicht vermocht haben, in Regierungsverantwortung Akzente zu setzen und sich von der politischen Konkurrenz abzuheben. Darüber

<sup>1</sup> Ebenso werden in vielen Industrieländern verstärkt grüne Parteien gewählt. Zu den Auswirkungen der ersten grün-geführten Landesregierung in Deutschland auf Messgrößen wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Energiepolitik siehe Potrafke und Wüthrich (2020).

hinaus spielt die Immigrationspolitik eine wichtige Rolle. Viele populistische Parteien wollen die Zuwanderung aus dem Ausland begrenzen.

Eine wesentliche Frage ist, inwieweit populistische Parteien, wenn sie Regierungsverantwortung tragen, auch andere Politiken betreiben als die etablierten Parteien bzw. Parteien der politischen Mitte. In diesem Artikel beschreiben wir einige Forschungsergebnisse, die zeigen, welche Politik Populisten im Amt betrieben haben und welche Folgen eine populistische Regierung für Wirtschaft und Gesellschaft hat. Eine vollumfängliche Literaturübersicht liefern wir nicht, sondern konzentrieren uns vielmehr auf Studien, die wir für bedeutsam halten.



Dr. Luisa Dörr

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.



Prof. Dr. Niklas Potrafke

ist Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie und Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

### WAS VERSTEHT MAN UNTER POPULISTEN UND WAS DARF VON IHNEN ERWARTET WERDEN?

Populisten zeichnen sich insbesondere durch ihre Kritik an der gesellschaftlichen »Elite« aus. Populistische Parteien schüren eine Rhetorik, die die »Eliten«, die selbstredend mit den Politikern der etablierten Parteien verbunden sind, von der »einfachen Bevölkerung« entkoppelt. Dabei positionieren sich Populisten als Fürsprecher der einfachen Bevölkerung, für deren Belange sie sich einsetzen.

zen und gleichzeitig den Einfluss der Eliten beschränken wollen. Ebenso wollen sie andere Politiken als die Eliten betreiben.

Es gibt linke wie rechte populistische Politiker und Parteien. Prominente Beispiele aus Lateinamerika sind der linke Populist Evo Morales (2006–2019 Präsident Boliviens) und der rechte Populist Jair Bolsonaro (2019–2023 Präsident Brasiliens). Alexis Tsipras (2015–2019 Premierminister Griechenlands) ist ein weiteres Beispiel für einen linken Populisten und Donald Trump für einen rechten Populisten. Zu rechtspopulistischen Parteien gehören beispielsweise die Alternative für Deutschland (AfD), das Rassemblement National (RN) in Frankreich und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).

Im Hinblick auf gesellschaftspolitische Themen wie beispielsweise den Umgang mit Zuwanderung aus dem Ausland sind populistische Parteien klar positioniert: Sie wollen die Zuwanderung aus dem Ausland beschränken. Bezüglich wirtschaftspolitischer Fragestellungen ist die Positionierung von populistischen Parteien nicht eindeutig: Einige populistische Parteien wollen die Staatstätigkeit in der Wirtschaft ausbauen (mehr Ausgaben, mehr Umverteilung von Einkommen und Vermögen, mehr staatliche Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten etc.), während andere die Staatstätigkeit in der Wirtschaft eher einschränken wollen. Diese Ambiguität bezüglich der Positionierung lässt sich nicht durch die Einteilung in links- und rechtspopulistische Parteien lösen. Beispielsweise gibt es einige Parteien, die als rechtspopulistisch beschrieben werden und die die Staatstätigkeit ausbauen wollen. Welche Wirtschaftspolitik populistische Parteien und Politiker im Amt tatsächlich betreiben und welche wirtschaftlichen Auswirkungen diese Politik hat, bleibt eine empirische Frage.

### EMPIRISCHE ERGEBNISSE AUF NATIONALER EBENE

Eine der ersten Arbeiten zur Wirkung von Populisten auf nationaler Ebene von Rode und Revuelta (2015) zeigt, dass marktorientierte Wirtschaftsreformen unter populistischen Staatsoberhäuptern gebremst worden sind. Die Autoren haben Daten für 35 Länder im Zeitraum 1990–2012 ausgewertet. Wirtschaftspolitiken werden mit Indikatoren zur ökonomischen Freiheit gemessen. Gründler et al. (2024) verwenden ebenso Indikatoren zur ökonomischen Freiheit für einen größeren Datensatz von 101 Ländern im Zeitraum 2000–2020. Die Ergebnisse zeigen, dass marktorientierte Wirtschaftsreformen insbesondere unter linkspopulistischen Staatsoberhäuptern gebremst wurden. Die empirischen Methoden dieser Studien lassen jedoch keine kausalen Rückschlüsse zu. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit bzw. Wirtschaftsreformen und populistischen Staatsoberhäuptern könnte durch

dritte Variablen getrieben sein, für die nicht in den empirischen Modellen kontrolliert werden kann.

Die Studie von Funke et al. (2023) legt nahe, dass Länder mit populistischen Staatsoberhäuptern deutliche Wachstumseinbußen gegenüber Ländern ohne populistische Staatsoberhäupter zu verzeichnen hatten. Die Autoren haben das Wirtschaftswachstum und weitere makroökonomische Variablen in 41 Ländern im Zeitraum 1900–2020 untersucht. In dieser Zeit gab es insgesamt 1 482 Staatsoberhäupter, von denen 51 als Populisten klassifiziert werden (einer davon ist Adolf Hitler). Gemäß der Schätzergebnisse ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in einem Zeitraum von 15 Jahren um ca. 10 % gesunken, wenn Populisten im Amt waren. Darüber hinaus haben die Populisten die heimischen Volkswirtschaften gegenüber der Globalisierung abgeschirmt: Das Außenhandelsvolumen gemessen am BIP und die finanzielle Integration sind gesunken und Zölle im Außenhandel gestiegen.

Ein aktuelles Beispiel kommt aus den USA. Die Trump-Administration führte eine protektionistische Handelspolitik ein und erhöhte die Zölle auf mehrere Länder und Produkte. Dies wurde von den Handelspartnern mit Vergeltungszollerhöhungen beantwortet und führte zu einem eskalierenden Handelskrieg. Fajgelbaum et al. (2020) zeigen, dass die Kosten für die US-Wirtschaft hoch waren: Der durchschnittliche reale Einkommensverlust betrug 7,2 Mrd. US-Dollar. Den größten Teil der Folgen hatten die US-Verbraucher und importierende Unternehmen zu tragen, deren reales Einkommen um 51 Mrd. Dollar sank.

### ERGEBNISSE AUF LOKALER EBENE

Empirischen Studien mit Daten auf Gemeindeebene gelingt es überzeugend, kausale Effekte von Populisten im Amt zu schätzen. Ursache und Wirkung können in diesen Studien gut auseinandergehalten werden. Verglichen werden dazu Gemeinden, in denen populistische Bürgermeister ganz knapp ins Amt gewählt wurden, mit Gemeinden, in denen populistische Kandidaten ganz knapp bei der Wahl gescheitert sind. In diesen Fällen entscheiden nur wenige Stimmen bzw. der Zufall darüber, ob eine Gemeinde von einem populistischen Bürgermeister regiert wird oder nicht. Verwendet werden beispielsweise Daten aus Italien und Österreich, in denen Bürgermeister rechtspopu-



Prof. Dr. Felix Rösel

ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der TU Braunschweig.



Dr. Tuuli Tähtinen

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

listischer Parteien wie der Lega Nord, Fünf-Sterne-Bewegung oder der FPÖ im Amt waren.

In Italien haben knapp gewählte Bürgermeister der Lega Nord dafür gesorgt, dass in ihre Gemeinden weniger Zuwanderer als in andere Gemeinden gekommen sind. Diesen Befund haben Bracco et al. (2018) für den Zeitraum 2002–2014 ermittelt. Berücksichtigt man neben der Lega Nord jedoch Bürgermeister anderer politischer Parteien, die ebenso die Zuwanderung beschränken wollen, so findet sich ein starker Effekt von Bürgermeistern, die die Zuwanderung beschränken wollen, nur nach dem Jahr 2014 (Cerqua und Zampollo 2023). Im Zeitraum 2014–2018 ist der Anteil von Zuwanderern (Inflow) in Gemeinden mit Bürgermeistern, die Zuwanderung beschränken wollen, um 16 Prozentpunkte geringer gewesen als in Gemeinden mit Bürgermeistern, die Zuwanderung nicht beschränken wollen.

Die Wahl populistischer Bürgermeister hat nicht nur das Verhalten von Zuwanderern, sondern auch die Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Zuwanderern beeinflusst. Insbesondere die Wahl von einwanderungsfeindlichen Kandidaten kann die Feindseligkeit gegenüber Zuwanderern beflügeln (Bursztyn et al. 2020). Romarri (2022) zeigt, dass italienische Gemeinden mit knapp gewählten Bürgermeistern der Lega Nord oder anderer rechtsextremer Parteien (einschließlich der Partei der gegenwärtigen Premierministerin) eine höhere Wahrscheinlichkeit von Hasskriminalität gegen Einwanderer aufwies: Die Wahrscheinlichkeit von Hasskriminalität war um 5 Prozentpunkte höher als in vergleichbaren Gemeinden, in denen die rechtsextremen Parteien nicht an der Macht waren.

Italienische Bürgermeister aus rechtspopulistischen Parteien haben nicht nur die Zuwanderung beeinflusst. Vielmehr haben sie im Zeitraum 1998–2020 auch die Schulden ihrer Gemeinden in etwas geringerem Maße getilgt als Bürgermeister anderer Parteien (Bellodi et al. 2024). Auch haben sie mehr öffentliche Aufträge vergeben, bei denen die geplanten Kosten überschritten wurden: Der Anteil von öffentlichen Aufträgen mit ungeplant hohen Kosten war bei Bürgermeistern rechtspopulistischer Parteien um gut 5 Prozentpunkte höher als bei Bürgermeistern anderer Parteien. Ebenso gab es Personalrochaden im öffentlichen Dienst: Bürgermeister rechtspopulistischer Parteien haben 50% der Spitzenbeamten in ihren Gemeinden ausgewechselt.

Die Ergebnisse einer Studie mit Daten für Österreich zeigen nicht, dass FPÖ-Bürgermeister Variablen wie die Arbeitslosenquote, Verschuldung oder Budgetzusammensetzung beeinflusst haben (Dörr et

al. 2021). Doch haben FPÖ-Bürgermeister die gesellschaftspolitische Polarisierung angeheizt. Zu diesem Ergebnis gelangen die Autoren einerseits mit Hilfe eines politischen Polarisierungsindex, bei dem die ideologischen Positionen der Parteien und das Wahlverhalten in den Gemeinden berücksichtigt werden. Andererseits werden Fußballspiele in den Gemeinden untersucht. Wie in Deutschland ist Fußball auch in den österreichischen Gemeinden der wichtigste Gemeindegasport. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil von Spielern mit ausländischen Namen in Gemeinden sinkt, wenn die Gemeinden von FPÖ-Bürgermeistern regiert werden.

Eine Studie für Finnland untersucht die Frage, wie etablierte politische Parteien auf die zunehmende Präsenz populistischer Parteien reagieren (Tähtinen 2022). Parteipositionen bei Kommunalwahlen werden mit Hilfe von Umfragedaten auf Kandidatenebene aus einer Anwendung zu Wahlberatung ermittelt. Die Untersuchung zeigt, dass eine stärkere Vertretung populistischer Parteien in Gemeinderäten die ideologischen Positionen der etablierten Parteien beeinflusst. Insbesondere bei sozialen und kulturellen Themen – den wichtigsten politischen Dimensionen populistischer Parteien – nähern sich die etablierten untereinander an, wenn populistische Parteien an Einfluss gewinnen.

## REFERENZEN

- Bellodi, L., M. Morelli und M. Vanonni (2024), »A Costly Commitment: Populism, Economic Performance, and the Quality of the Bureaucracy«, *American Journal of Political Science* 77, 193–209.
- Bracco, E., M. D. Paola, C. P. Green und V. Scoppa (2018), »The Effect of Far Right Parties on the Location Choice of Immigrants: Evidence From Lega Nord Mayors«, *Journal of Public Economics* 166, 12–26.
- Bursztyn, L., G. Egorov und S. Fiorin (2020), »From Extreme to Mainstream: The Erosion of Social Norms«, *American Economic Review* 110(11), 3522–48.
- Cerqua, A. und F. Zampollo (2023), »Deeds or Words? The Local Influence of Anti-immigrant Parties on Foreigners' Flows«, *European Journal of Political Economy* 77, 102–275.
- Dörr, L., N. Potrafke und F. Rösel (2021), »Populists in Power«, *CESifo Working Paper* 9336.
- Fajgelbaum, P., P. Goldberg, P. Kennedy und A. Khandelwal (2020), »The Return to Protectionism«, *Quarterly Journal of Economics* 135, 1–55.
- Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Going to Extremes: Politics After Financial Crises, 1870–2014«, *American Economic Review* 88, 227–260.
- Gründler, K., A. Hackenberger und N. Potrafke (2024), »Government Ideology and Economic Freedom: New Empirical Evidence«, in: N. Berggren (Hrsg.), *Handbook of Research on Economic Freedom*, Edward Elgar.
- Potrafke, N. und K. Wüthrich (2020), »Green Governments«, *CESifo Working Paper* 8726.
- Rode, M. und J. Revuelta (2015), »The Wild Bunch! An Empirical Note on Populism and Economic Institutions«, *Economics of Governance* 16, 73–96.
- Romarri, A. (2022), »Strongmen in Power Are Not Without Consequences: Far-Right Mayors and Hate Crimes«, *mimeo*.
- Tähtinen, T. (2022), »Populism and Ideological Convergence: Evidence From a Multiparty System«, *mimeo*.